

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:  
Eric Nifringhaus, Berlin.  
Telefon: Amt Dönhofs 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin SB 61, Belle-Alliance-Platz 8  
Druckanschrift: Copaldruck

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdruckung beiderseits 4 Bogen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anders benachrichtigt ist. Druckort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 14. August 1931

Inv. des Indes  
Soc. Geschiedenis  
Amsterdam

Das erwachende Indien.

(Von unserem Korrespondenten.)

SPD. Kalkutta, im August (Eig. Bericht)

Die Tatsache, dass das Rätselraten über Gandhis Reise nach London ein Ende genommen hat, besagt noch keineswegs, dass sich die Lage in Indien völlig entspannt hat. Es ist zwar ein günstiges Omen für eine friedliche Erledigung der anglo-indischen Differenzen, wenn der anerkannte Führer des indischen Volkes am 15. August wahrscheinlich begleitet von Nehru, dem Repräsentanten der jung-indischen Intelligenz und Vallabhai Patel, dem Bauernmarschall, zur Round-Table-Konferenz nach London aufbrechen will. Die Dinge stehen aber immer noch auf des Messers Schneide und eine Kleinigkeit kann das in den letzten Monaten mühsam aufgebaute Werk des Paktes von Delhi zunichte machen, namentlich wenn Gandhi so weit vom Schuss ist und durch seine Autorität nicht mehr an Ort und Stelle Missverständnisse schlichten, die lokalen Regierungsorgane von Uebergriffen zurückhalten und die Hitzköpfe im eigenen Lager zügeln kann.

In den letzten Wochen ist die Gefahr, dass es wieder Scherben geben würde, zu verschiedenen Malen sehr gross gewesen. Die Schuld daran liegt in der Hauptsache an der teils beabsichtigten teils unbeabsichtigten Unfähigkeit von anglo-indischen Beamten aller Kategorien, den Sinn des zwischen Gandhi im Namen des indischen National-Kongresses und dem Vize-König im Namen der indischen Regierung abgeschlossenen Friedensvertrages zu begreifen und seine Bestimmungen mit Verständnis und Takt auszuführen. In den Kopf des durchschnittlichen Anglo-Inders will die unumstössliche Tatsache noch immer nicht hinein, dass die Zeit der absoluten Herrschaft des weissen Mannes vorüber ist und der Inder im öffentlichen Leben gleichberechtigt geworden ist. Man sieht in jenen Kreisen, die indische Welt immer noch durch die Brillen der englischen Reaktionäre und man fühlt sich verpflichtet, das angebliche Ende des britischen Einflusses in Indien durch persönlichen Schneid möglichst lange aufzuhalten.

Deshalb sind in den letzten Wochen eine Reihe von Taktlosigkeiten nicht nur gegen den Willen Londons, sondern auch gegen den Willen der anglo-indischen Regierung vorgekommen, die leicht alle Bemühungen hätten in Frage stellen können, wenn sich Gandhi bei dieser Gelegenheit nicht als ein Diplomat von hohen Graden erwiesen hätte, der das Werkzeug der moralischen Macht in der Politik in einer Weise zu handhaben vermag, dass seine Methode bahnbrechend als praktisches Mittel für jede friedliche Auseinandersetzung zwischen Völkern und Klassen zu werden verheisst. Er zwingt in jeder Phase des gegenwärtigen Kampfes dem widerstrebenden Partner das Gesetz des Handelns auf und ist im gegebenen Moment auch zu Konzessionen bereit, ohne das Prinzip zu opfern. Aus diesem Grunde wird die gegenwärtige Phase der Beziehungen zwischen England und Indien in der Geschichte der übrigen Menschheit beispielgebend wirken, denn sie erbringt den Beweis, dass die Gewaltlosigkeit als Mittel zur Durchsetzung realpolitischer Forderungen völlig ausreicht. Es ist nur nötig, dass ein Meister sich dieses Mittels bedient.

Dabei ist Gandhi diese Arbeit keineswegs leicht gemacht worden. Eine Reihe von lokalen Distriktkommissaren hat entgegen der Anweisung, bei der Eintreibung der Landsteuern Nachsicht walten zu lassen, ihre Unterbeamten in Geheim-erlassen aufgefordert, mit Gewalt vorzugehen. Gandhi selbst war genötigt, verschiedene Dörfer Bengalens persönlich aufzusuchen, um persönlich den Schlichter zu machen und nutzlose Massakres zu verhindern. Ausserordentlich böses Blut hat die öffentliche Ausstellung der Köpfe von 16 hingerichteten Rebellen durch die Regierung von Burma gemacht. Sie hat, anstatt abschreckend zu wirken weit über die Grenzen der Provinz hinaus grosse Aufregung hervorgerufen und sie hat der indischen Presse Gelegenheit gegeben, die burmesische Frage kritisch zu beleuchten. Bei dieser Betrachtung der Geschehnisse ergibt sich ein von der offiziellen Auffassung völlig verschiedenes Bild. Die von Regierungsseite als nationale Revolution denunzierte Erhebung stellt sich als die Revolte von armen durch den Hunger zur Verzweiflung getriebenen Teufeln heraus, die fast nur mit Speeren bewaffnet, nicht nur im Stande waren, Monate lang Widerstand zu leisten, sondern an verschiedenen Stellen britischen Militär und britischer Polizei erhebliche Verluste beizubringen.

Die Geschehnisse in Burma werfen ein völlig neues Schlaglicht auf die gesamte indische Frage. Hier wie an anderen Stellen zeigt sich, dass die nationalen Belange von den sozialen mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt werden. Die Einigung über die politischen Differenzen wird - wie in Delhi - auch in London leicht zu erreichen sein. Gandhi denkt garnicht an eine völlige Loslösung Indiens vom englischen Reich. Den Prüfstein für das künftige Verhältnis wird allerdings erst die Art bilden, in der England gemeinsam mit Indien an die Arbeit zur Beseitigung der ökonomischen Nöte Indiens gehen wird. Die Weltwirtschaftskrise hat wohl den äusseren Anlass zu den Nöten der indischen Landwirtschaft gegeben, aber sie hätte niemals diesen Umfang annehmen können, wenn die englische Verwaltung nicht traditionsgemäss die Stellung eingenommen hätte, dass die Interessen Indiens in jedem Falle denen Englands untergeordnet sind.

Es wird die Schicksalsfrage der Round-Table-Konferenz sein, ob England zu einer veränderten Auffassung seiner wirtschaftlichen Aufgabe in Indien zu bekommen sein wird. Auch hier haben sich die Verhältnisse von Grund auf geändert. England wird sich mit der bitteren Tatsache vertraut machen müssen, dass es den Massen Indiens nicht nur Land in Gestalt einer Agrarreform wird geben müssen, sondern auch die Geldmittel zum Aufbau ihrer zerstörten Existenzen. Dieses System bedeutet den entscheidenden Bruch mit den bisherigen Prinzipien der europäischen Kolonialpolitik. Die schöne Zeit der fetten Kolonialdividenden ist vorbei und das nach Betätigung suchende europäische Kapital wird sich in Zukunft mit bescheidenen Verdiensten begnügen müssen.

SPD. In Kassel ist vor einiger Zeit eine Genossenschaft verkracht, deren leitender Mann der deutschnationale Rechtsanwalt Brill war. Dieser Rechtsanwalt, der Wortführer der Deutschnationalen in der Kasseler Stadtverordnetenversammlung, war und ist der gehässigste Gegner der Sozialdemokratie; er hat sich in den ersten Jahren nach dem Umsturz in Reden und Zeitungsartikeln über die "korrupte" SPD gar nicht genug austoben können. Jetzt machen ihn die zahlreichen Opfer der Genossenschaft für ihr Unglück verantwortlich. Das Gericht hat ihnen bereits weitgehend recht gegeben, sodass Brill auch persönlich mit seinem grossen Privatvermögen herangezogen werden soll. Dass der Nazianwalt Freisler in Kassel, von dem Brill sich kaum unterscheidet, jetzt die Genossenschaftsopfer gegen Brill vertritt und mit den heftigsten Vorwürfen nicht zurückhält, ist äusserst pikant. Der Deutschnationale Brill sucht sich dem Nazi gegenüber wie folgt zu rechtfertigen:

"Er sei mit bester Aussicht auf Erfolg bemüht gewesen, mit Hilfe eines holländischen Konsortiums die Genossenschaft zu retten, aber - das Ergebnis der Reichstagswahlen vom 14. September habe die Holländer abgeschreckt; man habe sich nicht mehr getraut, Gelder nach Deutschland zu geben. So sei die Darlehensaufnahme unmöglich geworden."

Je mehr Nazis, umso mehr Not und Bankrotte, das bezeugt nun auch der Hugenberger Brill!

-----

SPD. Braunschweig, 14. August (Eig. Dr.)

Der Plan der bürgerlichen Rechtsparteien im Lande Braunschweig, das Rumpfkabinett mit einem deutschnationalen Minister weiterbestehen zu lassen, wurde in der Freitag-Sitzung des Ältestenrates preisgegeben. Die Einberufung des Landtags wurde auf den 15. September mit der Tagesordnung: Ministerwahl beschlossen. Der Ältestenrat lehnte ferner eine Stellungnahme des Parlaments zu dem kommunistischen Volksbegehren auf Auflösung des Landtags ab, sodass nunmehr der Volksentscheid durchgeführt werden muss. Die Sozialdemokratie wird sich an der aussichtslosen Aktion nicht beteiligen.

-----

SPD. Von der Reichsbahn wird zu dem Eisenbahnattentat bei Jüterbog mitgeteilt !

"Das Gerücht, nach dem unter den umgestürzten Wagen sich noch ein Vermisster befinden sollte, bestätigt sich nicht. Der als vermisst gemeldete Tizian Staly aus Winterthur (Schweiz) ist am Unfalltage bereits in Halle ausgestiegen und inzwischen wohlbehalten in Breslau eingetroffen.

Von den bei dem Eisenbahnunglück umgestürzten sieben Personenwagen sind bis jetzt vier Wagen wieder aufgegleist worden, so dass drei Wagen einschliesslich des Speisewagens noch umliegen. Bei den Hebeversuchen brach am Speisewagen das Drehgestell ab. Der zweite 60-Tonnen-Kran der Reichsbahn ist inzwischen eingetroffen. Es wird jetzt mit den beiden 60-Tonnen-Kränen eifrig gearbeitet. Die Reichsbahn hofft, an jedem Tage einen bis zwei der Wagen auf die Gleise zu stellen."

-----

SPD. Liegnitz, 14. August (Eig. Drahtb.)

Am Freitag lief auf einem hiesigen Postamt ein Zettel ein, der sich unter anderen Postsendungen befand und auf dem mitgeteilt wurde, dass im Laufe des Tages bei Grünberg in Schlesien ein Eisenbahnzug in die Luft gesprengt werden würde. Die Liegnitzer und die Breslauer Kriminalpolizei stellten sofort umfangreiche Ermittlungen an. Die Eisenbahnstrecke Liegnitz-Glogau-Grünberg wurde sofort einem Spezialdienst unterstellt.

-----

SPD. Wien, 14. August (Eig. Drahtb.)

Die österreichische Polizei hat im Zusammenhang mit dem politischen Fememord an dem ehemaligen Kommunisten Semmelmann in einer Wohnung in der Prinz Eugenstrasse, einem der vornehmsten Viertel in Wien, eine angebliche kommunistische Nachrichtenzentrale aufgedeckt. Die beiden Söhne dieser Familie, namens Broda, die seit 40 Jahren die betreffende Wohnung bewohnen, stehen mit Kommunisten in reger Verbindung. Einer lebt in Berlin, der andere in einem Landhaus in Steiermark, in der Gegend von Leibnitz in dem sogenannten Fünftürmenschlösschen. Der Vater ist der ehemalige Beamte des österreichischen Finanzministeriums Dr. Broda, der aus einer wohlhabenden Familie stammt.

und zur Zeit in Berlin als Filmunternehmer lebt. Sein Bruder ist das bekannte Pazifist und Herausgeber der Dokumente des Fortschritts Dr. Rudolf Broda, zur Zeit Professor an der Universität Ohio, sein Schwager der Berliner Filmregisseur Pabst.

Die Wohnung der Familie Broda scheint die Verbindungsstelle eines grösseren Nachrichtendienstes der Kommunisten zwischen Deutschland und den Balkanländern beherbergt zu haben. Belastendes Material hat man in der Wohnung nicht gefunden.

-----  
SPD. Paris, 14. August (Eig. Drahtb.)

Die Reise Lavals und Briands nach Berlin ist am Freitag doch noch entgegen der Erwartung bis nach der Völkerbundstagung verschoben worden. Die Ärzte haben es Briand nach genauer Untersuchung verboten, schon in nächster Zeit eine anstrengende Reise zu machen. Da Laval vorher erklärt hatte, dass er unter keinen Umständen ohne Briand fahren werde, hat er den Entschluss gefasst, den Berliner Besuch erst im September auszuführen. Irgendwelche andere Gründe als der Gesundheitszustand Briands sind für die Verschiebung der Reise nicht massgebend gewesen.

Der ärztliche Untersuchungsbefund Briands kann zwar überraschend erscheinen, zumal in den letzten Tagen mitgeteilt worden war, dass Briand fast wieder vollkommen auf dem Posten sei. Tatsächlich aber scheint dieses allgemeine Wohlbefinden des Aussenministers doch noch nicht so gefestigt zu sein, dass Briand sich schon grössere Anstrengungen zumuten darf. Nach der Londoner Konferenz hat der Aussenminister einen völligen Zusammenbruch erlitten, der auf eine zwei monatelange Schlarlosigkeit zurückzuführen ist. Die Nächte hindurch lag der Aussenminister lesend im Bett; erst in den Morgenstunden konnte er bisweilen einen kurzen Schlaf finden. Wohl oder übel musste sich Briand aber Ende Juli den Anordnungen der Ärzte fügen und sich zu einem längeren Erholungsurlaub auf sein Landgut begeben. Dort trat nach kurzer Zeit eine merkliche Besserung ein, die aber nach der Ansicht der Ärzte einen Rückschlag noch nicht ausschliesst, zumal wenn die Erholung unterbrochen wird. Unter diesen Umständen ist es auch fraglich, ob Briand zu der Tagung des Völkerbundes nach Genf fährt. Es ist möglich, dass er nur an der Vollversammlung des Völkerbundes teilnehmen wird, die am 7. September beginnt.

-----  
SPD. Das Reichsfinanzministerium erinnert nochmals daran, dass es wegen der hohen Zuschläge im eigenen Interesse der Steuerpflichtigen liegt, ihre Steuern pünktlich zu bezahlen. Steuerbeträge, die in der ersten Augushälfte fällig geworden sind (dazu gehört auch die Vermögensrate vom 15. August 1931) müssen spätestens bis zum Ablauf des 15. August 1931 gezahlt werden, da sonst für jeden halben Monat ein 5%iger Verzugszuschlag verwirkt wird. Für Steuerbeträge, die schon vor dem 1. August 1931 fällig geworden und bis dahin nicht pünktlich bezahlt waren, war bereits für die erste Augushälfte ein 5%iger Zuschlag verwirkt. Werden diese Rückstände nun auch nicht vor dem Ablauf des 15. August 1931 bezahlt, so wird für die zweite Augushälfte und für jeden weiteren halben Monat ein weiterer Zuschlag von je 5 % verwirkt.

-----  
SPD. Erfurt, 14. August (Eig. Drahtb.)

Auf den FD-Zug Basel-Frankfurt-Berlin wurden am Freitag gegen 10 $\frac{1}{2}$  Uhr vormittags in der Nähe der Station Bischleben von einer durch Gebüsch versteckten Stelle aus mehrere scharfe Schüsse abgegeben. Zwei Kugeln durchschlugen die Fenster eines Waggons und blieben in der Wand des Ganges stecken.

Verletzt wurde niemand. Der Streifendienst der Reichsbahn und die Kriminalbehörden von Erfurt und Gotha suchten sofort nach der Meldung des Attentats durch den Führer des Zuges in Erfurt die ganze Umgebung von Bischleben mit Spürhunden ab. Nach langem Suchen wurde eine Fährte gefunden, die jedoch nicht weiter verfolgt werden konnte, da sie sich auf einer feuchten Wiese verlor.

-----

SPD. Frankfurt/M., 14. August (Eig. Dr.)

Die Opelwerke in Rüsselsheim haben die kürzlich angekündigte Dreitage-woche angesichts der gebesserten Exportlage um einen Arbeitstag vermehrt. Die Werksleitung hofft, in einiger Zeit die Belegschaft wieder voll beschäftigen zu können, da ihr neuer Opeltyp ein Schlager auf dem Weltmarkt zu werden verspricht. Der Wagen ist ein Viersitzer 1,2 Liter-Typ zum Preise von 2500 Mark.

-----

SPD. Paris, 14. August (Eig. Drahtb.)

In einem Lyoner Vorort wurden bei dem durch eine Explosion hervorgerufenen Hauseinsturz zehn Personen getötet; 15 Personen wurden verletzt. Sämtliche Opfer konnten geborgen werden, sodass bereits mit den Aufräumarbeiten begonnen worden ist. Bei den Rettungsarbeiten wurden zwei Personen verletzt.

Die dem eingestürzten Gebäude benachbarten Häuser, deren Giebelwand aufgerissen wurde, mussten sofort geräumt werden, sodass ausser den Bewohnern des zerstörten Hauses noch 14 Arbeiterfamilien obdachlos geworden sind. Die beiden Nachbarhäuser werden wahrscheinlich abgebrochen werden müssen. Die Ursache der Explosion konnte bisher noch nicht genau festgestellt werden. Man nimmt an, dass sie auf Leuchtgas zurückzuführen ist.

-----

SPD. London, 14. August (Eig. Drahtb.)

Verschiedene Anzeichen sprechen dafür, dass Gandhis plötzliche Absicht, die Reise nach London zur Round-Table-Konferenz aufzugeben, nicht endgültig ist. Der Kongress hat neuerdings ebenfalls erkennen lassen, dass der Entschluss, keinen Vertreter nach London zu entsenden, nicht dahin ausgelegt werden soll, dass er von sich aus das Gandhi-Irwin-Abkommen als erledigt zu betrachten wünsche.

Der Briefwechsel zwischen Gandhi und dem gegenwärtigen Vizekönig Lord Irwin über den neuesten Konflikt ist inzwischen veröffentlicht worden. Er lässt erkennen, dass nach Gandhis Auffassung der Gandhi-Irwin-Vertrag von der englischen Regierung durch die gewaltsame Eintreibung von Pachten in Bardoli und Guyerat durchbrochen worden ist. Gandhi forderte die Einsetzung eines unabhängigen Tribunals, das über die Verletzung entscheiden soll, was vom Vizekönig abgelehnt wurde. Damit war man wieder einmal an einem toten Punkt angelangt.

In England würde man es ausserordentlich bedauern, wenn die Kongresspartei wieder nicht am runden Tisch vertreten sein sollte. Alle Probleme Indiens, die auf der bevorstehenden Konferenz gelöst werden müssen, würden doppelt schwierig sein, wenn die grösste indische Partei nicht vertreten sein würde.

-----

SPD. Der Würzburger Verbandstag des Zentralverbandes Deutscher Haus-und Grundbesitzervereine hat eine Entschliessung angenommen, in der wiederum die Beseitigung der Hauszinssteuer gefordert wird. Die Beseitigung der Steuer, die für den Hausbesitz ein Geschenk von mehreren hundert Millionen pro

Jahr bedeutet, macht der Zentralverband von einer Reihe von Bedingungen abhängig; u.a. wird die restlose Peseitigung der öffentlichen Wohnungsbewirtschaftung gefordert. Von einer Mietensenkung ist dagegen in der Entschliessung mit keinem Wort die Rede.

-----

SPD. Stettin, 14. August (Eig. Drahtb.)

Die Staatsanwaltschaft in Stettin beschäftigt sich zur Zeit mit skandalösen Vorkommnissen bei der Pommerschen Landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft G.m.b.H.. Dem Skandal liegen grosszügige Schwindeleien mit Einfuhrscheinen zugrunde. Diese Scheine, die Exportprämien des Reichs darstellen und mit denen man der Landwirtschaft helfen will, wurden von den Beteiligten an Interessenten in Westdeutschland verschoben. Der Verdacht gegen eine Reihe von leitenden Personen bei der Genossenschaft hat sich derart verdichtet, dass die Stettiner Staatsanwaltschaft bereits Anklage auf Grund des Paragraphen 396 der Reichsabgabenordnung erhoben hat. Die Eröffnung des Hauptverfahrens steht bevor.

Der Staat soll bei diesen Schwindelmanövern um ganz bedeutende Summen geschädigt worden sein. Die Schwindler sind fast ausschliesslich Anhänger des Dritten Reichs bzw. Nachläufer Hitler und Hugenbergs.

-----

SPD. Die Berliner Kriminalpolizei hat bisher im Zusammenhang mit den blutigen Vorgängen am Karl-Liebknecht-Haus insgesamt 30 Personen festgenommen, die sämtlich der KPD angehören und dringend im Verdacht stehen, an der Ermordung der Polizeioffiziere Lenk und Anlauf direkt oder indirekt beteiligt zu sein. Alle bestreiten vorläufig, mit den Mordtaten auch nur irgend etwas zu tun zu haben. Ein Alibi in diesem Sinne hat bisher jedoch noch keiner von ihnen erbringen können.

-----

SPD. Washington, 14. August (Eig. Ber.)

Die Einwanderung nach Amerika wird nach den Berechnungen des amerikanischen Arbeitsministeriums im Rechnungsjahre 1931 kaum 50 000 Seelen ausmachen, während die Zahl der Deportierungen ungesetzlich eingewanderter Ausländer über 20 000 betragen dürfte. Mit diesen Ziffern wird ein neuer Rekord in der niedrigsten Einwandererzahl seit einem Jahrhundert aufgestellt werden. Seit dem Jahre 1831, wo die Einwanderung 22 633 Seelen ausmachte, wurde die Ziffer von 50 000 in jedem Jahre weit überschritten. Im Jahre 1930 wanderten 97 000 Ausländer ein und 18 000 wurden ausgewiesen. Im Mai 1931 belief sich die Einwandererzahl auf 3 793 gegen 19 414 im Mai des Vorjahres.

-----

SPD. Der Wirtschaftsausschuss der Reichsregierung wird in der nächsten Woche unter Hinzuziehung eines kleineren Kreises von Sachverständigen aus der deutschen Wirtschaft und Wissenschaft die Entscheidung der Fragen vorbereiten, die sich im Verfolg der von der Reichsregierung für die Darmstädter- und Nationalbank sowie für die Dresdner Bank ergriffenen Massnahmen ergeben einschliesslich der Frage einer Aufsicht über das deutsche Bankgewerbe.

+ + +

Eine der Hauptaufgaben der Reichsregierung wird zunächst darin bestehen, die Leitung der mit Reichsgeldern arbeitenden Banken in andere Hände zu geben. Ausserdem sind die Aufsichtsräte der Banken entsprechend den Anteilen des

Reiches und seinen Verpflichtungen neu zu besetzen und schliesslich wird die Frage zu klären sein, wie und wann die Schuldner der mit Reichsgeldern arbeitenden Banken spätestens ihre Debetkonten auszugleichen haben. Einer der Gross-Schuldner ist Hugenberg. Er hängt mit nicht weniger als 13 Millionen Mark.

-----

SPD. Paris, 14. August (Eig. Drahtb.)

In Frankreich haben nach der am 8. August abgeschlossenen Statistik in letzter Zeit 35 828 Personen staatliche Arbeitslosenunterstützung bezogen. Das bedeutet gegenüber der Vorwoche eine Verringerung um acht Personen. Auf Paris und seine Vororte entfallen 24 898 unterstützte Arbeitslose.

-----

SPD. Die unermüdlichen Arbeiten der Kriminalpolizei zur Aufdeckung des Eisenbahnattentats bei Jüterbog haben bisher immer noch zu keinem Erfolg geführt. Die Polizei verfolgt zurzeit nicht weniger als 600 Spuren. Die 100 000 Mark-Belohnung hat also ihre Wirkung getan. Die Spur, die bereits kurz nach dem Attentat auf einen irischen Offizier als Attentäter hindeutete, ist fallen gelassen worden.

Man ist zunächst vor allem bemüht, die Herkunft des Explosionskörpers zu ergründen. Es ist möglich, dass der Sprengstoff aus einem Werksdiebstahl herrührt. Von allen Unternehmungen, die in letzter Zeit Sprengstoffdiebstähle meldeten, wurden inzwischen Proben des gestohlenen Sprengstoffes angefordert.

-----

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

## Die KPD von heute.

Von Franz Künstler.

SPD. Heinz Neumann, der eigentliche Führer der Kommunistischen Partei Deutschlands und das gefügige Werkzeug der russischen Tscheka, hat im Frühjahr in der Berliner "Roten Fahne" die baldige "wahrhafte Volksrevolution" angekündigt. Aus der Volksrevolution wurde fünf Monate später der Dreibund der Hugenberg, Hitler und Thälmann.

Diese Dreieinigkeit von Stahlhelm, Hakenkreuz und Sowjetstern im Kampf gegen die Demokratie und Arbeiterklasse, erlebte am 9. August eine katastrophale Niederlage. Die perverse Kampfgemeinschaft brach zusammen wie der Dreibund der Hohenzollern, Habsburger und Toskaner zu Beginn des Weltkrieges. Der Ueberlauf der Thälmann und Neumann zur weissen Front "der Henker und faschistischen Mordbanditen" hat Millionen kommunistischer Arbeiter die Augen geöffnet. Diese Arbeiter verdienen unsere ganze Aufmerksamkeit. Wir müssen sie überzeugen, dass der Zersplitterung und Zerreißung der deutschen Arbeiterbewegung Einhalt geboten werden muss.

Der Empörung der kommunistischen Arbeiter über den Verrat und die Niederlage vom 9. August glaubten gewisse Stellen in der Leitung der deutschen Sektion der III. Internationale dadurch begegnen zu können, dass die blutigen Vorgänge am Bülowplatz in Berlin zum Blitzableiter für das an der Arbeiterschaft begangene Verbrechen ausersehen waren. Alle Ueberfälle auf Polizeibeamte und sozialdemokratische Funktionäre vor und am 9. August waren nicht unvorbereitet. Die intellektuellen Urheber sind in jenen Kreisen der kommunistischen Partei zu suchen, die sich um das militärpolitische Mitteilungsblatt "Oktober" gruppieren. Um dieselbe Zeit als Heinz Neumann im März d. J. ausrief: "Die Kommune marschiert auf, die Kommune steht drohend im Hintergrund!", wurden in dem militärpolitischen Mitteilungsblatt "Oktober" - eine illegal erscheinende Schrift - Serienartikel über "Die revolutionäre Armee und der Strassenkampf" und "Zur Taktik des Strassenkampfes im bewaffneten Aufstand" veröffentlicht. Selbst vom rein "revolutionären" Standpunkt der Kommunisten aus gesehen, sind die Veröffentlichungen ein Verbrechen. Nie hat irgend ein Generalstab seinen Feldzugsplan in Broschürenform erscheinen lassen, damit der Gegner Einblick erhält über Ziel und Taktik des militärischen Vorhabens. Die Kommunisten aber besprechen alle Einzelheiten einer gewaltigen Auseinandersetzung und liefern ihre eigenen Leute von vornherein dem Gegner aus.

Ist es Wahnsinn oder Spitzelarbeit? Wer wird diese Frage richtig beantworten können. Beides wird zusammen gehören. Ueber die Aufgaben der Abteilungen der revolutionären Armee heisst es in der Aprilnummer 1931 der Schrift "Oktober" :

### "Organisierung und Bewaffnung"

1. Selbständige militärische Aktionen.
2. Führung der Volksmenge. Die Abteilungen können jede Grösse haben, von zwei, drei Mann angefangen.

Die Abteilungen sollen sich selbst bewaffnen, so gut es geht (Gewehr, Revolver, Bombe, Messer, Schlagring, Stock, petroleumgetränkte Lappen zur Brandstiftung u.s.w.).

Die Abteilungen sollen sich nach Möglichkeit aus Leuten zusammensetzen, die nahe beieinander wohnen.

Jede Abteilung soll im voraus die Methoden und Mittel gemeinsamen Vorgehens ausarbeiten :

Zeichen in den Fenstern, Zurufe und Pfiffe, um in der Menge die Gruppengenossen zu erkennen u.s.w.

Auch ohne Waffen wird den Abteilungen aufgegeben eine "sehr ernste Rolle" zu spielen :

1. Indem sie die Menge führen,
2. indem sie bei günstiger Gelegenheit Schutzleute überfallen und ihnen die Waffen wegnehmen.

Ueber die vorbereitenden Aktionen wird wörtlich ausgeführt :

"Wir wiederholen, dass auch mit den praktischen Arbeiten sofort begonnen werden muss. Sie zerfallen in vorbereitende und militärische Operationen. Zu den vorbereitenden Operationen gehören: Die Beschaffung aller Arten von Waffen und Patronen, die Auswahl von für den Strassenkampf geeignet gelegenen Wohnungen (geeignet für den Kampf von oben, für die Unterbringung von Bomben, Steinen, u.s.w. oder von Säuren zur Begiessung von Schutzleuten) Arbeit gibt es dabei genug, und zwar eine Arbeit, bei der jeder, auch wenn er zum Strassenkampf ganz ungeeignet ist, sogar ganz schwache Leute, Frauen Halbwüchsige, Greise u.s.w. ungeheuren Nutzen bringen können."

Ueber den Einfluss der topographischen Besonderheiten der Stadt als Kampfgebiet auf die Taktik des Strassenkampfes heisst es weiter:

"Die Stadt gibt den Kämpfenden eine Reihe von Vorteilen, die insbesondere den schlechter bewaffneten und schlechter organisierten Aufständischen zugute kommen. Das Vorhandensein toter Schiesswinkel in allen Richtungen und solider Deckungen gibt verhältnismässig viel Schutz vor dem Feuer der Gewehre, Maschinengewehre und der leichten Artillerie. Die Erkundungsmöglichkeiten sind ausserordentlich beschränkt. Nachrichten über den Gegner sind nur sehr unvollständig und nur durch fortwährenden Kampf und durch Agenten (Ausnützung der nichtkämpfenden Bevölkerung) zu diesem Zweck zu bekommen."

Trotzdem aus dem vorausgesagten klar hervorgeht, in welchem Nachteil sich die von den Kommunisten geführten Aufständischen gegenüber der Staatsmacht befinden, kommt der militärische Fachberater zu nachstehender Schlussfolgerung

"Die Geschichte der vergangenen Aufstände in Westeuropa scheint zu beweisen, dass die Aufständischen unter den modernen Bedingungen einen Strassenkampf nicht gewinnen können. Das ist ein grosser Irrtum. Trotz objektiver Schwierigkeiten, trotz der Rückständigkeit in der Taktik des Strassenkampfes haben die Aufständischen selbst in den vergangenen Kämpfen lehrreiche Beispiele gegeben, die beweisen, dass alle Chancen für sie sind. Unsere Sache ist es, die neuen Bedingungen, die neuen Methoden des Kampfes zu lernen, um die alten Fehler endgültig zu überwinden."

Es war an der Zeit gerade jetzt das Hasardeurspiel der Kommunisten zu besprechen. Diese Richtlinien für den Strassenkampf und Bürgerkrieg sind blöden Hirnen vom Schlage eines "Klassenkämpfers" und Leutnants Scheringer entsprungen. Wenn jetzt Polizeibeamte im Dienst getötet und sozialdemokratische Funktionäre überfallen werden, so sind als die eigentlichen intellektuellen Urheber die zu betrachten, die planmässig und verbrecherisch Arbeiter zu den gekennzeichneten "revolutionären" Handlungen treiben. In ihrem ganzen Tun und Treiben unterscheiden sich die Kommunisten nicht im geringsten von ihren faschistischen Bundesgenossen.

Der 9. August war der Anfang zu einer Gesundung der deutschen Arbeiterbewegung. Jetzt gilt es, die Arbeiterbewegung von der ansteckenden Moskauerkrankheit zu heilen.

-----

SPD. Von massgebender Seite des Zentrums wird der Inhalt unserer Zugschrift über die letzte Vorstands-Sitzung dieser Partei als zutreffend bestätigt. Darüber hinaus werden die Gerüchte von einem bevorstehenden Kurswechsel des Zentrums bzw. einer bevorstehenden Annäherung an die Deutschenationalen ausdrücklich als unbegründet bezeichnet.

-----

# Aus aller Welt

## Chikago in Shanghai.

Die Hauptstadt des Reiches der Mitte wird "modern".

SPD. Shanghai, Ende Juli (Eig. Ber.)

Wie bei jeder überstürzten und sinnlosen Reform bekommt auch das moderne China zuerst die Schattenseiten der modernen Errungenschaften in vollem Umfang zu spüren, und es zeigt sich, dass die gelehrigen Gelben ihre amerikanischen Lehrmeister gut begriffen haben. Neben anderen zweifelhaften Produkten der neuesten Yankeeivilisation erfreut sich Shanghai bereits eines organisierten Banditenwesens, das sich neben New York und Chikago, dem "Mekka der Gangsters", ruhig sehen lassen kann.

### 100 000 Dollar Lösegeld!

Die Spezialität der chinesischen Bravos besteht in der Entführung von reichen Kaufleuten, die am hellen Tage und meistens sogar auf offener Strasse angehalten werden, um Lösegelder zu erpressen. Lange Zeit war dies das zweifelhafteste, aber einträglichste Geschäft einer einzigen weit verbreiteten und vorzüglich geleiteten Bande, die sich nicht mit Kleinigkeiten abgab und ihre Opfer ausschliesslich unter den Millionären suchte. Ihre Taxe war fest und das Lösegeld betrug nie weniger als 100 000 Dollar zu festem Kurs. Das Florieren dieser Gesellschaft hatte aber sehr bald eine heftige Konkurrenz wachgerufen, die nicht so sehr auf Preise hält und sich mit geringeren Summen begnügt. Da die Kleinen nicht imstande sind, einen umfangreichen Spionage- und Helferapparat zu unterhalten, müssen sie sich mit Summen von 5 000 Dollar bei viel grösserem Risiko begnügen. Diese Banden verfügen nicht wie ihre grössere Rivalin über moderne und schnelle Autos, sondern chartern meistens schlechte Fahrzeuge von der Strasse und sind bei ihrer Tätigkeit sehr stark der Gefahr des Misslingens ihrer Absichten ausgesetzt.

### Familienglück im Panzerzimmer.

Angesichts der auf Schritt und Tritt drohenden Gefahren ist es beinahe eine Höllenqual, ein reicher Chinese in Shanghai zu sein. Die grossen Kaufleute sitzen mit ihren Familien Tag und Nacht in gepanzerten Zimmern eingeschlossen. Dazu sind ihre Häuser noch von aus "weissen Russen" gebildeten Schutzwachen umstellt, die auf der Strasse ihre Eskorte bilden, aber auch nicht verhindern können, dass aus einem Hinterhalt einmal unversehens eine Revolverkugel fliegt.

### 137 Hinrichtungen in drei Monaten.

Zwischen den Verbrechern und den Organen der öffentlichen Sicherheit spinnen sich geheime Fäden. Es ist ein öffentliches Geheimnis, dass eine Reihe von merkwürdigen Agenturen bestehen, die gegen hohe monatliche Honorare imstande sind, ihre Klienten gegen jede unangenehme Überraschung dieser Art zu schützen. Ein weiteres Zeichen für die Wahrscheinlichkeit dieser Vermutung besteht darin, dass alle in offiziellen oder inoffiziellen Beziehungen zu den Behörden stehenden Persönlichkeiten merkwürdigerweise bis jetzt von dieser Landplage verschont geblieben sind.

Aus den Polizeiberichten ist zu entnehmen, dass die Zahl der dieses unsaubere Metier ausübenden Personen, die merkwürdigerweise fast zu gleichen Teilen aus Angehörigen beider Geschlechter bestehen, nicht unerheblich sein muss. Im Laufe von drei Monaten sind nicht weniger als 265 Männer und Frauen wegen Vergehen dieser Art verhaftet worden. Davon sind 85 Verbrecher männlichen und 52 weiblichen Geschlechts zum Tode verurteilt und auch hingerichtet wurden.

während der Rest mit lebenslänglichen Gefängnisstrafen davonkam.

### Folterdrohungen!

Trotzdem ist eher eine Zunahme als eine Verminderung dieser Verbrechen festzustellen und drei innerhalb von zwei Tagen verübte Attentate bezeugen, welche Wildwestzustände in einer unmittelbar an der Küste gelegenen unter europäischer Kontrolle stehenden Grosstadt herrschen können.

Der oberste Angestellte der British-American-Tobacco-Company wurde im Zentrum der englischen Niederlassung hundert Schritte von der Zollverwaltung von 5 bewaffneten Individuen in deren Auto geschleppt, die ihren Rückzug durch eine Schnellfeuer auf die zur Hilfe des Entführten herbeieeilenden Passanten deckten.

Am Abend des gleichen Tages wurde ein reicher Papierhändler am Eingang einer nach der belebtesten Strasse der Stadt führenden Gasse durch einen Trupp von acht Mann aufgehoben, während am nächsten Tage ein Bekannter eingeborener Arzt, der als Leiter einer grossen Klinik den Hauptteil seiner Zeit der unentgeltlichen Behandlung von Armen widmet, von einer Schar Begleiter eines angeblich todkranken Patienten aus dem Ordinationszimmer des Hospitals geholt wurde. Alle drei wurden unter Bedrohung mit der Folter in der Eingeborenenstadt bis zur Aufbringung des Lösegeldes festgehalten, das die entsetzten Familien erst mit grossen Schwierigkeiten und zum Teil dollarweise zusammenbringen mussten.

### Kindermord als "Rettungsmittel".

Nicht alle diese Aktionen laufen in dieser Weise ab. Ein "hold up", dessen Schauplatz die französische Konzession gewesen ist, hat nicht weniger als drei darunter zwei ganz unschuldige Menschenleben gekostet. Einige Hundert Schritte vom Hauptquartier der Polizei zwangen Räuber das Auto eines grossen Bankiers zum Halten. Trotzdem der Insasse von zwei Bewaffneten bewacht wurde, gelang es ihm, das Gefährt durch einen besonderen Mechanismus, der für diese Fälle vorgesehen war, zum Halten zu bringen. Als ein Auflauf entstand, erschossen die Angreifer den Chauffeur, der sich weigerte, ihnen zu helfen, und ergriffen die Flucht. Während es der Mehrzahl des Trupps gelang, unbemerkt in der Eingeborenenstadt zu verschwinden, wurden die Spuren eines der Banditen verfolgt: in einer Hütte hatte er Unterschlupf gesucht. Das Häuschen wurde von der Polizei umzingelt und, als die Beamten eindrangten, ertönte der Schrei eines Kindes und bald darauf knallten zwei Schüsse. Im Innern wurde die Leiche des Gesuchten, der Selbstmord begangen hatte, und die des Kindes gefunden. Der Verfolgte hatte den Mord an dem armen Wesen begangen, um sich nicht durch sein Weinen verraten zu lassen...

L.

Deva-Heim-Tumult! Im Kriegervereinshaus in Berlin kam es bei einer Versammlung der durch den Zusammenbruch des Deva-Heim-Konzerns geschädigten Sparer zu erregten Szenen. Die Versammlung war von den beiden Rechtsanwälten Jeschek und Oppen, die sich selbst zu Vorsitzenden eines "Schutzverbandes der Gläubiger und Bausparer des Deva-Heim-Konzerns" ernannt haben, einberufen worden. Es erregte einen Entrüstungssturm unter den Versammelten, dass jeder Sparer vier Mark Eintrittsgeld und monatlich 1,50 Mark Beitrag zahlen sollte. Ausserdem sollten die Vereinsmitglieder praktisch zu lebenslänglicher Mitgliedschaft verpflichtet sein. Man warf den beiden Rechtsanwälten vor, dass sie für sich aus der Vertretung der Bausparer einen einträglichen Gewinn herauszuschlagen gedächten. - Es wurde dann unter Einbeziehung der Rechtsanwälte Jeschek und Oppen ein neuer Ausschuss der Sparerinteressen gewählt, der in uneigennützigster Weise die Geschäfte der Geschädigten wahrnehmen soll.

In der Diskussion schien es, als ob Landrat Kothe, der nunmehr die Leitung des zusammengebrochenen Konzerns übernommen hat, die Sanierungsbemühungen des Zentralausschusses für Innere Mission reichlich optimistisch darstellte. Auf präzise Fragen hin musste der Redner aber zugeben, dass sich be-

bereits jetzt der buchmässige Verlust auf etwa 1,8 Millionen Mark beläuft. Weiter sind von rund acht Millionen Bausparhypotheken vier bis fünf Millionen von der Dresdener Bank und anderengrossen Instituten verwendet worden. Endlich sind die sechs Millionen Kredite, die an die Mühlheimer Baugenossenschaft gegeben worden sind, vorläufig festgelegt. Insgesamt ist mit 8 - 10 Millionen Mark Verlust zu rechnen.

Besondere Empörung erregte die Indifferenz der Leitung des Zentralausschusses für Innere Mission. Die dort tätigen Herren scheinensich für die Skandalwirtschaft bei dem unter ihrer Aufsicht stehenden Deva=Heim=Konzern nicht verantwortlich zu fühlen. In Wirklichkeit können die fragwürdigen Grossbau=Spar=geschäfte der Deva=Heim den Delegierten des Zentralausschusses für Innere Mission im Aufsichtsrat der Deva=Heim nicht verborgen geblieben sein. Der skandalöseste Fall ist der durch einen bekannten rechtsstehenden Politiker vermittelte Abschluss von Verträgen mit einer Maklerfirma über fünf Millionen Mark. Diese Summe sollte in Hypothekengeschäften zur Auszahlung gebracht werden.

Ausserdem wurde bei der Untersuchung durch die Staatsanwaltschaft festgestellt, dass sich Pastor Cremer in Potsdam, der der Beauftragte des Zentralausschusses für die Innere Mission im Devaheim=Konzern war, für seine Privatwecke ein grösseres Darlehen von dem Devaheimkonzern geben liess. Dieses Darlehen wurde erst unmittelbar vor der Aufdeckung der Unregelmässigkeiten zurückgezahlt. Weiter steht fest, dass Devaheim=Generaldirektor Jeppel Spargelder in Höhe von fast einer Million Mark über seine Konten gehen liess!

+ + +

Gronau in Grönland. Der deutsche Flieger von Gronau landete nach geglücktem Ozeanflug mit Zwischenlandung in Island in Scoresby Sund (Grönland).

+ + +

Gewitterkatastrophe. In Rozdale (Ostgalizien) wurde bei einer Gewitterkatastrophe das Carmeliterkloster zum grössten Teil eingeäschert. Der angerichtete Schaden beläuft sich auf 100 000 Zloty.

+ + +

Geschwister Reins in Deutschland. Der Berliner Geldbriefträger=Mörder Reins und seine beiden Schwestern, die wenige Tage nach der im Mai erfolgten Ermordung des Geldbriefträger Schwann in Genua verhaftet worden waren, sind nunmehr nach Deutschland gebracht worden. Sie befinden sich zurzeit im Gefängnis Lörach an der Schweizer Grenze, wo sie auf Grund der bestehenden Justizvorschriften von Landgerichtsrat Blank vom Landgericht II in Berlin in diesen Tagen vernommen werden. Anschliessend sollen sie nach Berlin überführt werden. Die Verhandlung ist Oktober zu erwarten.

+ + +

Munitionsdepot explodiert. In der chinesischen Stadt Macao flog ein Munitionsdepot in die Luft. 28 Personen wurden getötet, 66 schwer verletzt.

+ + +

Dreifacher Mord. In einem berüchtigten Lokal in New York-Brookly fanden Polizeibeamte die furchtbar verstümmelten Leichen drei bekannter Alkoholschmuggler. Man nimmt an, dass Freunde des ermordeten Schmugglerführers Yale den Mord aus Rache begangen haben. Die Ermordeten waren Mitglieder einer Konkurrenzorganisation Yales.

+ + +

Den Vater erschossen. In Oberhausen (Ruhrgebiet) tötete der 22jährige Gärtner Jansen seinen 52jährigen Vater durch einen Halsschuss. Der Täter stellte sich der Polizei. Er behauptet, in Notwehr gehandelt zu haben.

-----



Selbsthilfe der Arbeit.

Der ADGB 1930

SPD. Erst im Sturm wird die Kraft eines Wellenbrechers erprobt. Der Krisensturm, der seit 1930 die Wirtschaft verwüstet, hat an Wucht und Gefährlichkeit kaum einen Vorgänger. Der Wellenbrecher zum Schutz der Arbeit, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, hat sich aber auch diesem Sturm gewachsen gezeigt. Sein in Kürze erscheinendes Jahrbuch für 1930 gibt darüber ausführlichen Aufschluss. Wer die Zahlen dieses Jahrbuchs nicht nur mit dem Verstand, sondern auch mit dem Herzen zu lesen versteht, auf den wirkt der schlichte, sachliche Gewerkschaftsbericht wie ein neues "Lied vom braven Mann", der in der Stunde der Not trotz Sturm und Wogendrang unter Einsatz der eigenen Existenz sich selbst vergessend den Bedrängten zu Hilfe eilte. Millionen Unterstützungsgelder Millionen Scherflein und Groschen von armen Arbeitern haben über die Organisationen des ADGB den Weg in unzählige Stuben gefunden, wo schon lange Frau Sorge wohnt. Den Zusammenbrechenden kann aber nur stützen, wer nicht zusammenbricht. Der grosse Wellenbrecher der Arbeit gegen Ausbeutung und Not, der Bund der freien Gewerkschaften, ist aus Granit gebaut. Sein Jahrbuch 1930 liefert den Beweis.

Die Riesen- und Dauerarbeitslosigkeit hat Verluste gebracht, aber keine Erschütterung der Fundamente. Die gesamte Mitgliederzahl der Verbände betrug Ende 1930 in 13 572 Zweigvereinen 4 717 565 gegen 4 948 209 Ende 1929. Der Rückgang beträgt 233 068, d.h. 4,7 v.H.. Alle Verbände hatten mit Ausnahme der Buchdrucker, Melker und Schornsteinfeger mehr oder weniger starke Verluste. Der Verband der Steinarbeiter hatte mit 16,7 v.H. den stärksten Mitgliederverlust. Es folgte der Verband der Musiker mit 13,7, der Friseure mit 11,2 und der Bekleidungsarbeiter mit 10,7 v.H. Bei den übrigen Verbänden blieb der Rückgang unter 10 v.H. Er betrug bei den Sattlern, Tapezierern und Portefeüllern 9,8, Dachdeckern 9,3, Schuhmachern 8,7, Landarbeitern 7,8, Textilarbeitern 6,9, Kupferschmieden 6,7, Buchbindern 6,4, Fabrikarbeitern 6,0, Bauarbeitern 5,6, Zimmerern 5,3, Graphischen Hilfsarbeitern 4,9, Holzarbeitern 4,8, Lederarbeitern 4,2 Eisenbahnern 4,1, Malern 4,0, Gastwirtsgehilfen 3,8, Arbeitnehmern der öffentlichen Betriebe und des Verkehrs 3,8, Bergarbeitern 3,6, Nahrungsmitteln und Getränkearbeitern 2,6, Metallarbeitern 2,5, Tabakarbeitern 2,3, Maschinisten 1,8, Hutarbeitern 1,1 und bei den Lithographen 0,2 v.H.. Der Rückgang ist zum grössten Teil auf das Ausscheiden solcher Mitglieder zurückzuführen, die infolge kurzfristiger Mitgliedschaft noch keine statutarischen Ansprüche auf Unterstützung und sonstige Vergünstigungen erworben hatten. Berücksichtigt man die fortgesetzten Angriffe von rechts und links, dann kann man kaum von einer Abbröckelung im Berichtsjahr sprechen, geschweige denn von einer Erschütterung der Gewerkschaftsfront.

Dass die Arbeitslosigkeit die Einnahmen gegenüber dem Vorjahre herabgedrückt hat, versteht sich von selbst. Die Gesamteinnahmen aller Verbände betragen im Berichtsjahr 231 655 304 Mark, im Vorjahr 251 385 248 Mark. Der Rückgang ist bei den Verbandsbeiträgen infolge der grossen Zahl von Ausgesteuerten, immer noch arbeitslosen und daher beitragsfreien Gewerkschaftsmitgliedern am stärksten. Die Verbandsbeiträge betragen 1929: 191 640 830 Mark und 1930:

173 391 574 Mark. Die Einnahmen aus Extrabeiträgen sind von 1 147 406 auf 2 100 084 gestiegen. Auch das ist ein Beweis für das ausgeprägte Solidaritätsgefühl der noch arbeitenden Mitglieder für ihre arbeitslosen Kollegen.

Die Gesamtausgaben sind entsprechend der schweren Zeit beträchtlich gestiegen. Sie betragen im Berichtsjahr 241 183 391 Mark gegen 202 944 077 Mark im Jahre zuvor. Die Ausgaben für Unterstützungen stiegen von 1929 zu 1930 von rund 86 auf rund 123 Millionen Mark. Die Ausgaben für Arbeitskämpfe sanken von rund 13 auf rund 9 Millionen. Im Berichtsjahr wurden für Unterstützungen allein 51,2 v.H. der Gesamtausgaben aufgewandt. Der Betrag ist um 36,7 Millionen höher als 1929. Die Ausgaben für Arbeitskämpfe sind zurückgegangen. Das ist nicht verwunderlich; denn das Jahr 1930 war in der Tarifbewegung ein Jahr des Stillhaltens.

Der grösste Teil der Unterstützungsausgaben entfällt auf die Linderung der Arbeitslosennot. 1929 betrug die Arbeitslosenunterstützung rund 45 Millionen und 1930 rund 77 Millionen. Von den 36,7 Millionen, die 1930 mehr für Unterstützungen verausgabt wurden, entfallen allein 32,5 Millionen auf die Arbeitslosenunterstützung. Rechnet man die Mehrausgaben für Reise-, Notfall- und sonstige Unterstützung hinzu, die zweifellos vorwiegend arbeitslose Mitglieder im Betrag von 4,7 Millionen Mark erhielten, dann wurden 1930 für Arbeitslose 37,2 Millionen Mark mehr als 1929 verausgabt.

Der Gesamtunterstützungsbetrag in Höhe von 123,5 Millionen Mark im Jahre 1930 ist eine gewaltige Leistung menschlicher Hilfsbereitschaft und Solidarität. Diese Millionensumme ist restlos wieder in die Wirtschaft zurückgewandert sie ist dem Massenkonsum zugute gekommen und hat damit indirekt abermals Tausenden von Existenzen geholfen.

Die Hilfsbereitschaft und Hilfskraft der freien Gewerkschaften tritt auch in den Berichten der Arbeitersekretariate zutage. Den 121 eingelaufenen Berichten ist zu entnehmen, dass die Sekretariate 1930 von 607 244 oder von 62 451 Personen mehr als 1929 in Anspruch genommen wurden. Die Not der Zeit führt zu einer Vermehrung der Rechtsstreitigkeiten. Daher die gewaltige Inanspruchnahme der Arbeitersekretariate. Die Zahl der erteilten Rechtsauskünfte betrug 603 515. Schriftsätze wurden 214 119 angefertigt und in 35 794 Fällen wurde die persönliche Vertretung vor Gerichten und Behörden geleistet.-

Zur Zeit wird viel von "Selbsthilfe der Nation" geredet und viele, die davon reden, denken bei dieser Selbsthilfe nur an ihr Selbst. Was wirkliche solidarische Selbsthilfe ist, könnten sie aus dem Jahrbuch des ADGB erfahren. Wir empfehlen es den "Rettern" zur Lektüre.

SPD. Der Reichsverband der kommunalen und anderen öffentlichen Arbeitgeberverbände fordert in einem Rundschreiben von seinen angeschlossenen Organisationen die Durchführung der Notverordnung vom 5. Juni. Es sollen also sofort die Löhne sämtlicher Gemeindearbeiter und Strassenbahner bis zu 9 Pfennig pro Stunde gekürzt werden und neueinzustellende Arbeiter entgegen den tariflichen Bestimmungen nur den Reichsarbeiterlohn erhalten. Ebenso sollen die Löhne der Fürsorgearbeiter ab Lohnwoche Mitte August auf die Lohnsätze der Reichsarbeiter herabgesetzt werden. Den Mitgliedstädten, die sich weigern, diesen Forderungen nachzukommen, wird aufgrund der Verbandssatzungen Verbandsstrafe angedroht. - Die Anordnungen der Arbeitgeber gehen zum Teil über die durch die Notverordnung gezogenen Grenzen hinaus. So werden z. B. entgegen der Notverordnung auch die sozialen Zulagen mit in den Kreis der abzuziehenden Beträge einbezogen.

Der Gesamtverband hat seine Abwehrmassnahmen getroffen. Er wird dem Vorgehen des Reichsverbandes mit schärfstem Widerstand begegnen. Seine Mitglieder haben jetzt die Pflicht, strengste Disziplin zu beobachten.

**SPD.** Die Zigarrenfabrikanten strapazieren sich wieder einmal in Lohndruck. Da die tariflich vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen für allgemeinverbindlich erklärt und unabdingbar sind, veranlassen sie - so z. B. neuerdings die Firmen E.B.Gerste in Görlitz und Rinn & Cloos in Heuchelheim bei Giessen - ihr Personal, beim Deutschen Tabakarbeiterverband eine Herabsetzung der Ortszuschläge zu beantragen.

Der Deutsche Tabakarbeiterverband wird selbstverständlich nichts unversucht lassen, um eine Umgehung oder Durchbrechung der tariflich vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verhindern. Trotzdem kann es nicht schaden, wenn auch die Öffentlichkeit darauf aufmerksam gemacht wird, dass die Zigarrenfabrikanten wieder einmal dabei sind, die ohnehin schon grosse Not der Tabakarbeiter auszunutzen.

+ + +

Am 17. August tritt in Stockholm der 10. Internationale Tabakarbeiterkongress zusammen. Die Internationale der Tabakarbeiter umfasste Ende 1930 in den angeschlossenen Länderorganisationen 122 031 Mitglieder; davon sind 90 696 Frauen.

**SPD.** Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hat in seiner Sitzung vom 14. August zu dem "Selbsthilfeprogramm der deutschen Städte" Stellung genommen. Er bedauert, dass der Deutsche Städtetag, die Zusammenfassung der deutschen Grosstädte, nach Arbeitgeberart es nicht für notwendig gehalten hat, sich vor Herausgabe eines solchen Programms mit den gewerkschaftlichen Organisationen zu verständigen, und dass die Finanzpolitik des Reiches auf die Lebensnotwendigkeiten der deutschen Gemeinden keine Rücksicht genommen hat.

Ohne im einzelnen auf die allgemeinen kommunalpolitischen Fragen des Selbsthilfeprogramms der deutschen Städte einzugehen, bringt der Allgemeine Deutsche Beamtenbund zum Ausdruck, dass die für die Gemeindebediensteten sowie für alle Reichs- und Länderbeamten, -Angestellten und -Arbeiter vorgeschlagenen neuen Belastungen eine unmögliche Zumutung darstellt. Durch das Versprechen einer Preissenkung, das ja auch von der Reichsregierung wiederholt gegeben, aber nicht erfüllt worden sei, könnten die Pläne des Städtetages den in Frage kommenden Arbeitnehmern nicht schmackhaft gemacht werden. Eine Gesundung der deutschen Gemeinden könne nur auf Grund der vom Allgemeinen Deutschen Beamtenbund wiederholt aufgestellten Forderungen erreicht werden. Die Vorschläge des Städtetages, eng verwandt mit den Plänen der hochkapitalistischen Wirtschaftskreise, würden die Notlage des deutschen Volkes nicht mildern, sondern nur noch weiter verschärfen.

Das Programm des Deutschen Städtetages gibt dem Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes Veranlassung, die Beamten mit grösstem Nachdruck auf die Ursachen der katastrophalen wirtschaftlichen und sozialen Lage des deutschen Volkes hinzuweisen, nämlich auf das völlige Versagen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Er fordert die freigewerkschaftlichen Beamten auf, alles zu tun, um ihre Kollegen über diese Ursachen aufzuklären.

**SPD.** Das Arbeitslosenproblem nimmt auch in den Vereinigten Staaten immer unheimlichere Formen an. Der kommende Winter wird einer der kritischsten der Geschichte der Vereinigten Staaten werden. Die Gewerkschaften fordern jetzt scharfe Hilfsmassnahmen: Fünftagewoche, eventuell Sechstagentag, Durchführung von kommunalen Bauprojekten und unbarmherzige Bekämpfung aller Lohnkürzungen.

# Wirtschaft Technik Handel

## Die unwirtschaftliche Benzinpumpe.

(Das Staatsmonopol muss kommen.)

SPD. Seit geraumer Zeit trägt man sich mit Plänen, den Kraftwagenverkehr weiter zu belasten. Einmal ist es die chemische Industrie, die das bei der I.G. Farbenindustrie entwickelte Hydrierverfahren benutzen will, um den Bedarf an Benzin in Deutschland zu decken. Sie behauptet, das nur mit Hilfe eines erhöhten Schutzzolles zu können. Dazu kommen Bestrebungen, den Kartoffelsprit durch Erhöhung der Benzinzölle zu verbilligen, um den Absatz an Kartoffelsprit zu fördern. Soweit die Wünsche der chemischen Industrie in Frage kommen, muss erst einmal abgewartet werden, ob das Hydrierverfahren überhaupt hinreichend entwickelt ist. Daran wird vorerst in weiten Kreisen gezweifelt. Hinsichtlich der agrarischen Wünsche muss man schon zugeben, dass die Läger der Branntweinmonopolverwaltung trotz des Spritabnahmewanges überfüllt sind. Für den Sprit der neuen Ernte besteht kaum noch Lagermöglichkeit. Diesem Uebel wird man nicht durch Zölle und Abnahmewang entgegen wirken können. Die Situation in der Monopolverwaltung beweist eben, dass die Befürworter der Branntweinsubvention am Ende ihres Lateins angelangt sind und dass es höchste Zeit wird, zu einer Reform der Branntweinmonopolverwaltung zu schreiten.

Der Kraftwagenverkehr hat sich nachgerade im Zeichen der Subventionspolitik zu einem Schuttabladeplatz für alle möglichen Projekte entwickelt. Es besteht die Gefahr, dass durch die fortschreitende Belastung die notwendige Motorisierung Deutschlands unterbunden wird. Ohne die allgemeinen Steuern, also allein an Sondersteuern, brachte der deutsche Kraftwagenverkehr im Jahre 1929 etwa 309,4 Millionen Mark auf. Die Belastung stieg im Jahre 1930 auf 417,3 Millionen Mark und im Jahre 1931 auf 544,8 Millionen Mark. Diese starke Belastung hat sich auch unheilvoll auf die Arbeitsmärkte ausgewirkt. Man muss immer bedenken, dass in der deutschen Kraftverkehrswirtschaft im Jahre 1930: 528 000 Personen beschäftigt waren. Unter Druck der wachsenden Belastung hat die Zahl der in der Kraftverkehrswirtschaft arbeitslos gewordenen Personen seit August 1930 die 100 000-Grenze erheblich überschritten. Die Mindereinnahmen des Reichs, der Länder und Gemeinden aus den allgemeinen Steuern der Kraftverkehrswirtschaft dürften sich in einer Grössenordnung von etwa 250 Millionen Mark bewegen. Das sind die Folgen einer Subventionspolitik, die Interessengruppen helfen will und nicht die nötige Rücksicht auf die wirtschaftliche Tragfähigkeit eines Gewerbezweiges nimmt.

Immer wieder muss konstatiert werden, dass trotz dieser fürchterlichen Krise, die Preisabflachungen bringen müsste, die deutschen Benzinpreise über den seit 1925 erzielten Höchstpreisen liegen. Andererseits haben sich die Preise auf den Weltmärkten stark gesenkt. Hier beginnt aber schon die Auswucherung der deutschen Kraftverkehrswirtschaft durch Konventionen und Kartelle. Die Einfuhr von Benzin liegt, gleichgültig, ob die Oele aus England, Amerika oder Russland kommen, in der Hand der grossen Importgesellschaften, die sich nicht nur untereinander, sondern auch mit den deutschen Produzenten, insbesondere mit dem Kohlenbergbau und der Chemie über die Preisbildung verständigen. Wenn die Preise mal infolge der Kämpfe unter den grossen Oelgesellschaften für eine kurze Spanne Zeit nachgeben, so tritt bald wieder eine Einigung und der neue Wucher in Kraft. Das bedeutet eine starke Ueberhöhung der Benzinpreise. Der amerikanische Exportpreis für bestes Benzin betrug im Juli dieses

Jahres etwa 4,5 Pfennige je Liter. An den Zapfstellen in Berlin aber muss der Verbraucher 36,5 Pfennige und in anderen Gegenden Deutschlands sogar 41,5-Pfennige bezahlen. Wir haben einen Benzinpreis, der etwa neun mal so hoch ist als der Weltmarktpreis. Das ist der Segen der Kartelle und Preiskonventionen. Es ist natürlich, wenn alle Welt fragt, ob die Regierung nicht bald etwas gegen diesen Unfug tun will.

An dieser Preisüberhöhung ist auch eine fürchterliche Unwirtschaftlichkeit Schuld. Die Privatindustrie, die gerade in diesen Tagen wieder so viel über die Unwirtschaftlichkeit der öffentlichen Hand zu reden weiss, hat Deutschland mit einem unwirtschaftlichen Verteilungsapparat für Treibstoffe überzogen. Wir haben in Deutschland gegenwärtig rund 50 000 Zapfstellen. Sie dürften etwa 1,2 Milliarden Liter im Jahr verkaufen. Auf je 4,5 Kilometer Landstrasse oder 15 Autos und 13 Motorräder kommt 1 Benzinpumpe. Ihr durchschnittlicher Tagesumsatz beträgt 65 Liter oder 24,70 Mark. Dazu kommt eine Reklame, die jährlich in die Millionen gehen muss. Die Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft leistet sich auf diesem Gebiet einen ganz besonderen Exzess.

Um welche Summen wird der Kraftwagenverkehr in Deutschland durch diese Misstände eigentlich verteuert? Deutschlands Verbrauch an Autotreibstoffen betrug 1930 annähernd 2 Milliarden Liter. Für diese Menge Benzin bezahlt der deutsche Verbraucher an der Zapfstelle bei einem Durchschnittspreis von etwa 39 Pfennigen pro Liter insgesamt 780 Millionen Mark. In Holland würde das bei einem Zapfstellenpreis von 11 Pfennigen für das Liter Markenbenzin nur 220 Millionen Mark ausmachen, also 540 Millionen Mark weniger. Die Eindeckung des deutschen Bedarfs zum gegenwärtigen Weltmarktpreis (Preis cif Hamburg unverzollt) ergäbe einen Betrag von weniger als 110 Millionen Mark. Für Zoll (218 Millionen Mark), Spritabnahmepflicht (37,5 Millionen Mark) Angleichung der im Inland erzeugten Treibstoffe an den zollgeschützten Preis (78 Millionen Mark), Inlandsabgabe (16,5 Millionen Mark), für Transport, Verteilungskosten und Gewinn bezahlt die deutsche Kraftverkehrswirtschaft also jährlich insgesamt 670 Millionen Mark.

670 Millionen Mark werden unwirtschaftlich vergeudet. Um eine Parallele zu ziehen: 670 Millionen Mark sind fast 7/8 des Gesamtdefizits der deutschen Gemeinden, die diese in diesen Tagen zwingt, drastische Drosselungsmaßnahmen vorzunehmen, die sich unheilvoll auswirken müssen.

Ohne Zweifel sind die Dinge in der Treibstoffwirtschaft reif, einem staatlichen Monopol zugeführt zu werden. Damit auf diesem Gebiet endlich mal Ordnung geschaffen wird.

SPD. Wir haben eine Woche Schielescher Getreidepreistreiberei hinter uns. Nach den Notierungen der Berliner Produktenbörse hat die Preistreiberei des Reichsernährungsministers folgendes Ergebnis gehabt:

	<u>7. August</u>	<u>14. August</u>
	(ab märkische Station pro Tonne i. Mar)	
Weizen	186 - 188	218 - 220
Roggen	147 - 148	167 - 169

Das sind sicherlich Preissteigerungen, die sich sehen lassen können. Wie sind diese Preissteigerungen nun erreicht worden?

Einmal haben der Reichslandbund und die ihm gleichgesinnten Organisationen die Landwirtschaft aufgefordert, ihr Getreide nicht zu verkaufen. Die Landwirtschaft ist dieser Parole gefolgt. Von allen Getreidebörsen wird berichtet, dass das Angebot äusserst knapp ist. Das muss seltsam berühren. Man hat uns wochenlang erzählt, dass der Staat etwas für die Landwirtschaft tun müsse, weil die Landwirtschaft in Not stecke. Weil die Gefahr drohe, dass die Landwirtschaft ihr Getreide zu jedem Preis verkauft. Nun sehen wir überraschenderweise, dass die Landwirtschaft mit ihrem Getreide zurückhalten kann. So

weit zurückhalten kann, dass der Betrieb vieler Mühlen gefährdet ist, weil sie sich mit dem nötigen Getreide nicht eindecken können. Wie steht es nun eigentlich um den Verkaufsdruck bei der Landwirtschaft? Hat sich dieser Verkaufsdruck über Nacht geändert oder hat er niemals bestanden?

Klarheit erhält man darüber nur, wenn man die Schiele'sche Erntefinanzierungspolitik berücksichtigt. Nach dem Schieleschen Programm kann der Landwirt sein Getreide bevorschussen lassen. Der Landwirt erhält auch von der Reichsbank einen Vorzugszins. Die Landwirtschaft ist hinsichtlich des Zinssatzes weit günstiger gestellt als die gesamte Wirtschaft, der es doch sicherlich nicht besser geht als der Landwirtschaft. Aber die Bevorschussung und der niedrigere Zinssatz spielen nicht die Hauptrolle. Die Hauptursache, dass die deutsche Landwirtschaft deutsches Getreide nicht an deutschen Börsen zum Verkauf bringt, liegt bei den neuen Exportprämien. Was wir gegenwärtig an den deutschen Börsen erleben, sind regelrechte Exportprämienhausen. Wenn heute deutscher Weizen nach dem Ausland ausgeführt wird, dann erhält man für diesen Weizen, der in Deutschland rund 220 Mark kostet, im Ausland etwa 80 bis 90 Mark. Aber für die gleiche Menge exportierten deutschen Weizens kann man ausländischen Weizen einführen und zwar zu einem weit ermässigten Zoll. Selbst wenn man Fracht usw. einkalkuliert, machen die Exporteure mit dieser Art Exportprämie ein sehr gutes Geschäft. Also verkauft man seinen Weizen nicht an den deutschen Börsen, sondern man wirft ihn nach dem Ausland. Mit dem einzigen Zweck, die Preise in Deutschland zu treiben. Der Reichslandbund hat so schön die Landwirte gewarnt, die Ernte nicht zu verschleudern. Das tut die Landwirtschaft auch nicht d.h., sie verkauft guten deutschen Weizen nicht im Inlande, aber sie schleudert ihn nach dem Auslande, damit der Brotkorb im Lande höher gehängt wird. So etwas nennt man in Deutschland Wirtschaftspolitik.

Bis jetzt hat Schiele mit seiner Preistreiberei Glück gehabt. Man muss sich aber fragen, wie lange das dauern kann. Vor allem muss man sich fragen, woher man das Geld nehmen will, das notwendig ist, um diese Preistreiberei durchzuhalten? Hier sind die Aussichten wenig rosig und die Landwirtschaft täte gut, sich nicht all zu sehr auf die Schielesche Preistreiberei zu verlassen. Die Baisse kann nur gar zu schnell der Hausse folgen.

-----

SPD. Die Hauptversammlung des Domänenpächterverbandes beschäftigte sich mit den Auswirkungen der allgemeinen Wirtschaftskrise auf die Domänenpachtwirtschaft und mit den sich hieraus ergebenden Folgerungen für die Pachtspolitik des Domänenpächterverbandes. Es wurde dankbar begrüsst, dass der preussische Landwirtschaftsminister den Abbau der untragbaren Spitzenpachten angeordnet hat. Infolge der jüngsten Zuspitzung der Geld- und Preisverhältnisse und der völligen Unübersehbarkeit der künftigen Entwicklung wird sich allerdings diese Pachtsenkungsaktion darauf beschränken müssen, die - vielfach überhöhten - Pachtzinse für die Vergangenheit zu revidieren, während schon für das laufende Wirtschaftsjahr nur eine vorläufige Regelung in Frage kommen kann. Es ist zu hoffen, dass durch diese Massnahme des Landwirtschaftsministeriums eine friedliche Bereinigung der zahlreichen anhängigen bzw. drohenden Pachtstreite sich ermöglichen lassen wird.

-----

SPD. Das Reichstatistische Amt legt das Ergebnis seiner Erhebungen über den Abschluss der deutschen Aktiengesellschaften vor, der in die Zeit des vierten Quartals 1930 fällt. Man erhält ein Bild über die Auswirkungen der Krise auf die Bilanzen. Erfasst werden über 2 200 Aktiengesellschaften von 10 970 und ein Aktienkapital von 14 Milliarden Mark von einem Gesamtaktienkapital von 22 Milliarden Mark.

Vergleicht man die Dividendenreduzierung während der Krise z.B. in Ame=

rika, so muss man für die deutschen Aktiengesellschaften feststellen, dass sich ihre Dividendenpolitik als äusserst widerstandsfähig erwiesen hat. Der Anteil der Gesellschaften, die im Jahre 1930 keine Dividende ausschütteten, wird mit 44,1 Prozent gegen 34,6 Prozent im Vorjahre angegeben. Die Durchschnittsdividende ist mit 5,51 Prozent berechnet worden gegenüber 7,41 Prozent im Vorjahre. Bleibendie Banken, Beteiligungsgesellschaften und das Versicherungswesen unberücksichtigt, dann ergibt sich eine Durchschnittsdividende von 5,14 Prozent gegenüber 7,06 Prozent im Vorjahre. Zur Zahlung der Dividenden wurden rund 564 Millionen Mark aufgewandt gegenüber 760,5 Millionen Mark im Vorjahre. (Ohne Banken usw. 437,2 Millionen Mark gegen 600 Millionen Mark.)

Die Erweiterung der Anlagen hat sich fortgesetzt. Insgesamt ist der Anlagenwert von 8745,4 Millionen Mark im Jahre 1929 auf 8992,7 Millionen Mark im Jahre 1930 gestiegen. Grössere Veränderungen haben sich in der Verschuldung vollzogen. Die langfristige Verschuldung wurde für 1929 mit 8834,7 Millionen Mark angegeben. Sie ist im Jahre 1930 auf 10 172,2 Millionen Mark gewachsen. Das Bestreben, kurzfristige Verschuldung in langfristige zu überführen, hat also weitere Erfolge gezeitigt. Im Zusammenhang damit haben sich die kurzfristigen Schulden ermässigt. Sie gingen von 23 935,1 Millionen Mark im Jahre 1929 auf 22 974,6 Millionen Mark zurück. Die flüssigen Mittel haben sich nur wenig verringert (31 583,2 Millionen Mark im Jahre 1930 gegen 31 679,7 Millionen Mark im Jahre 1929). Entsprechend der Preisabflachung werden die Vorräte für 1930 nur mit 2 196,9 Millionen Mark angegeben gegenüber 2 486,4 Millionen Mark im Vorjahre.

SPD. Zwischen der Reichsbank, der Deutschen Girozentrale und der Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekenbanken ist in den letzten Tagen über eine Konsolidierung der kurzfristigen Kommunalschulden verhandelt worden. Die Verhandlungen knüpfen an die Tatsache an, dass die deutschen Gemeinden mit etwa 2 Milliarden Mark kurzfristigen Schulden belastet sind. Davon dürften 1,5 Milliarden Mark auf Gemeinden und Gemeindeverbände entfallen. Der Rest verteilt sich auf die verselbständigten Betriebe. Unter normalen Umständen hätten die Geldgeber diese Kredite nicht zurückgezogen. Jetzt, wo die ganze Situation aber zu einer Zurückziehung treibt, ist es selbstverständlich, dass diese Kredite nicht zurückgezahlt werden können. Sie müssen - ein anderes Mittel gibt es nicht - in langfristige Kredite umgewandelt werden.

Die Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekenbanken hat nun in dieser Gelegenheit die Initiative ergriffen und einen entsprechenden Plan ausgearbeitet. Er sieht die Umwandlung bei jährlicher Tilgung in Höhe von 3,5 Prozent vor. Im grossen und ganzen ist der Plan annehmbar. Allerdings fordern Einzelheiten zur Kritik heraus. So soll der Zinssatz zum Beispiel 6 Prozent betragen. Dazu würde eine Verwaltungsgebühr von 0,5 Prozent treten. Gemessen an dem gegenwärtigen Reichsbankdiskont erscheint dieser Satz äusserst niedrig. In Wirklichkeit liegt er aber sehr hoch. Das ist um so mehr der Fall, wenn man berücksichtigt, dass im Rahmen der Anleihe eine weitgehende Steuerbefreiung eintreten soll.

SPD. Am Freitag sind die Verhandlungen zwischen dem Reichsverkehrsministerium und den Länderregierungen über die Neuregelung im Kraftfahrwesen abgeschlossen worden.

Die Neuregelung will die Konkurrenz zwischen der Reichseisenbahn und dem Auto, die ganz entschieden zu einer empfindlichen Schädigung der Reichsbahn geführt hat, mildern. Von sich aus hat die Reichsbahn ja vor Monatschon einen Versuch mit dem sogenannten Schenkervertrag gemacht, der aber vom Reichsverkehrsministerium abgelehnt wurde. Die Neuregelung nimmt den Schenkervertrag, der auf Vereinheitlichung des ganzen Verkehrswesens abzielt, wieder auf. Jedoch hat der Vertrag wesentliche Änderungen erfahren.

Im Mittelpunkt der Neuregelung steht das Kraftverkehrsgesetz, das man sehr wahrscheinlich durch Notverordnung durchzuführen gedenkt. Das Gesetz macht die Güterbeförderung durch Auto von einer Konzession abhängig. Verschont bleiben Entfernungen unter 50 Kilometer und werkeigene Autos. Weiter sind die Autobesitzer gebunden, Tarife aufzustellen und Tarife zu veröffentlichen. Das Gesetz führt hier eine kartellmässige Preisbindung auf dem Gebiet des Kraftwagenverkehrs durch. Man kann annehmen, dass man versuchen wird, die Preise der Eisenbahnen und der Kraftwagen einander anzupassen. Dazu hat sich die Reichsbahngesellschaft bereit erklärt, die oberen Tarife zu ermässigen.

-----

SPD. Der Aufsichtsrat der Berliner Verkehrsgesellschaft beschloss am Freitag, den Preis für Umsteigfahrscheine für Strassenbahn, Omnibus und Untergrund von 25 auf 30 Pfennige zu erhöhen. Der Einzelfahrschein ohne Umsteigeberechtigung wird auf 25 Pfennige festgesetzt. Zum Ausgleich werden Fahrscheinblocks mit fünf Einzelfahrscheinen ohne Umsteigeberechtigung herausgegeben, die eine Mark kosten. Diese Fahrscheine sollen besonders dem Berufsverkehr dienen.

Man kann den Verzicht auf den Einheitspreis in Berlin, der besonders der Siedlung in den Aussenbezirken zugute kam, nur bedauern, wenn sich die Berliner Verkehrsgesellschaft auch bemüht, durch eine Verbilligung der Einzelfahrt den Bedürfnissen der breiten Masse Rechnung zu tragen.

Der Entschluss der Berliner Verkehrsgesellschaft, der alles andere als empfehlenswert ist, kann auch nur durch die äusserst unbefriedigende finanzielle Lage des Unternehmens gerechtfertigt werden.

-----

SPD. Wie das Reichsfinanzministerium mitteilt, ist das Minderaufkommen an Steuern in Höhe von 180 Millionen Mark im Monat Juli nach der Wiederaufnahme des Bankverkehrs im August zum Teil wiederaufgeholt worden.

Da der August ein schwacher Steuermonat ist, hofft der Reichsfinanzminister, dass die Befürchtungen hinsichtlich der Steuereingänge, die im Monat Juli auftauchten, nicht gerechtfertigt sind.

-----

SPD. Der Konsumverein Vorwärts für Dresden erzielte im Monat Juli einen Gesamtumsatz von 4,309 Millionen Mark. Gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres macht der Rückgang 326 000 Mark = 7 Prozent aus. Die in den kritischen Julitagen auftauchende Inflationsfurcht führte dazu, dass sich die Einzahlungen bei der Sparkasse auf 262 000 Mark verringerten, während die Auszahlungen auf 1,254 Millionen Mark stiegen. Die Erleichterungen im Zahlungsverkehr haben aber schnell die Angststimmung beseitigt. Dem Dresdener Konsumverein sind im Monat Juli 300 Personen beigetreten.

Schieles Exportprämien wirken.

-----  
(Berliner Getreidebörse vom 14. August.)

SPD. Die feste Tendenz für Weizen konnte sich an der Berliner Produktenbörse am Freitag fortsetzen. Die Aussichten für die eine Ausfuhr werden günstig beurteilt; es zeigte sich eine rege Kauflust, an der sich auch die Mühlen beteiligten. Da das Angebot weiter sehr knapp blieb, konnten die Preise um ca. 8 Mark anziehen. Auch am Markte der Zeitgeschäfte zeigten sich Preissteigerungen von etwa dem gleichen Ausmass. Roggen erfuhr im Handel mit prompter Ware und am Lieferungsmarkt Preisgewinne von ca. 2 Mark. Auch hier war das Angebot nicht reichlich. Weizenmehl hatte festere Tendenz, Roggenmehl ruhiges Geschäft bei unveränderten Preisen. Knappes Angebot in Hafer hatte festere Stimmung zur Folge.

	<u>13. August</u>	<u>14. August</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	210 - 212	218 - 220
Roggen	167 - 169	167 - 169
Neue Wintergerste	148 - 159	150 - 160
Hafer	132 - 147	144 - 152
Weizenmehl	26,50 - 35,00	27,00 - 35,00
Roggenmehl	24,00 - 26,25	24,00 - 26,40
Weizenkleie	11,00 - 11,50	11,25 - 11,75
Roggenkleie	9,75 - 10,25	9,75 - 10,25
<p><u>Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte:</u> Weizen September 230½ - 231, Oktober 232 sehr fest. Roggen September 179 - 178½, Oktober 182 - 183 - 181½ stetig. Hafer September 146 - 145 und Brief, Oktober 147 - 146 und Brief fest.</p>		

-----  
Berliner Viehmarkt.

-----  
(14. August.)

SPD. Auf allen Märkten setzten sich stärkere Preissteigerungen durch, die durchweg auf einer nicht genügenden Beschickung beruhen. Auf dem Schweine-markt bewegte sich die Preissteigerung im Umfang von 2 Pfennigen pro Pfund. Grösser waren die Preisaufschläge auf dem Hammelmarkt, der zu wenig beschickt war. Auf dem Kälbermarkt hielten sich die Preiserhöhungen im Ausmass von 2 Pfennigen.

Notierungen: Schweine: a) (über 300 Pfund) 58 - 59 (57), b) (240 bis 300 Pfd.) 58 - 60 (56 - 58), c) (200 bis 240 Pfd.) 57 - 60 (56 - 58), d) (160 bis 200 Pfund) 55 - 58 (52 - 53), e) (120 bis 160 Pfund) 53 - 54 (52 - 53), Sauen 52 - 53 (50 - 51). Schafe: a) 51 - 55 (49 - 52), b) 52 - 55 (50 - 53), c) 48 - 50 (43 - 46), d) 25 - 34 (24 - 35). Kälber: b) 50 - 58 (48 - 55), c) 45 - 55 (43 - 53), d) 30 - 42 (30 - 40). Kühe: a) 34 - 38 (32 - 36), b) 27 - 33 (24 - 30), c) 23 - 26 (20 - 23), d) 18 - 22 (15 - 18.)

# Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S · P · D

Berlin, den 14. August 1931

Eine angenehme Begegnung.

Von M. Sostschenko.

-SPD. Was man nicht alles erlebt! Vor kurzem wurde ich auf der Eisenbahn um eine Erfahrung reicher. Es wirft kein helles Licht auf die dunklen Seiten unseres Lebens, es wirft vielmehr ein trübes Licht auf die Eisenbahnverwaltung, die solche ungesunde Zustände herbeiführt.

Ich befand mich, wie Sie es aus der Einleitung vielleicht erraten haben, auf einer Reise. Nach Moskau. Aus der Provinz. Ich war nämlich in einem Dorfe, in dem die Kollektivwirtschaft obsiegte.

Auf dem Kollektivgute, - man kennt das "Kolchos", - geht alles wie auf dem Papier, einfach grossartig! Der Roggen wird auf den Tag reif, der Weizen blüht wie in der bekannten Redensart, der Hafer schießt in Ähren, dass es ein Vergnügen ist, dazustehen und zuzuschauen! Aber nicht vom Kolchos soll hier die Rede sein! Ich hatte vielmehr die fabelhaften Erfolge der Kollektivwirtschaft bereits hinter mir und bestieg den Postzug nach Moskau.

Ich fand sogar im Waggon dritte Klasse einen Sitzplatz. Nicht so gleich und nicht so leicht, aber ich fand einen. Ich ersuchte die Reisenden in einem Abteil, ein wenig zusammenzurücken, und setzte mich auch hin. Die Zeit war gegen Abend. Es war noch nicht finster, aber schon dunkel. Abenddämmerzeit.

Ich liess meine Blicke über die Mitreisenden schweifen und sah, es waren ganz liebe Menschen, keine aufgeblasenen Gesichter. Einer trug eine lange Mähne auf dem sonst unbedeckten Haupte, er war jedoch kein Geistlicher. Ein zweiter trug einen langen Schnurrbart und eine Uniformkappe. Man sah diesem seine Herzgüte an: Er hielt in der Hand ein Federmesser und teilte einen Apfel; die Apfelscheiben steckte er in den Mund eines Armlosen. Es sass neben ihm ein junger Mann ohne Arme, sicherlich ein Invalide der Pflicht. Und da er keine Hände hatte, teilte der andere für ihn den Apfel in Scheiben und reichte sie ihm auf der Messerspitze. Ein zu Tränenrührendes Bild, des Pinsels eines grossen Malers würdig. Gegenüber sass auch Leute, darunter ein ergrauter Mann in steifem Hut, der fortwährend lächelte.

Sie hatten wahrscheinlich ein heiteres Gespräch geführt und der ältere Mann konnte sich noch immer nicht beruhigen. Aber nicht der Lächelnde, sondern der Armlose hatte meine Aufmerksamkeit auf sich gezogen. So jung und schon ohne Arme! Ich dachte, ich werde die Leute langsam in ein Gespräch ziehen und herausbekommen, was ich wissen wollte. Ich richtete nun an den Mann mit der Dienstkappe Fragen allgemeiner Art, doch antwortete dieser nur kurz und ungern. Für ihn antwortete bereitwillig der Intelligenzler mit den langen Haaren auf die üblichen Fragen: wohin fahren Sie? Was kostet heuer das Kraut? Haben Sie schwer unter der Wohnungsnot zu leiden?

Er antwortete:

"Wir kennen überhaupt keine Wohnungsnot. Wir leben auf dem Gut."

"Wie?" fragte ich ihn, "Sie haben dort ein Zimmer für sich allein?"

"Ein Zimmer?" erwiderte er mit verächtlicher Gebärde. "Sechzehn Zimmer, dazu ein Badezimmer, dazu eine Vorhalle, und das übrige Zubehör."

"Hatte man Sie in der Revolution nicht enteignet, oder ist bei Ihnen auch so ein Kollektivgut?" drang ich in ihn weiter.

"Nein", sagte er, "kein Kollektivgut. Kommen Sie zu uns auf Besuch. Sie

werden sehen, wie wir leben."

"Was sind Sie eigentlich, ich bitte um Entschuldigung", sagte ich, ein Pächter, oder ein Landwirt?"

"Ja", sagte er, "ein Landwirt. Ich bin Gutsbesitzer."

"Wie soll ich das verstehen?" fragte ich. "Sie sind ein gewesener Gutsbesitzer? Die proletarische Revolution hatte doch Ihre Klasse weggefegt? Ich bitte Sie um Verzeihung", sagte ich, "aber ich kann das nicht verstehen. Vielleicht haben Sie das Landhaus für besondere Verdienste um die Revolution erhalten?"

"Ja", sagte er. "Ohne Frage. Für besondere Verdienste. Aber kommen Sie zu uns auf Besuch! Sie werden sehen, wie wir leben!"

Was Teufel! dachte ich bei mir. Soll ich mit ihm fahren, sehen wie er sich trotz durchgreifender Massnahmen auf seinem Gute erhalten hatte? Oder hänselt er mich?... Umsomehr als der ergraute, ältere Mann fortwährend lächelte, blickte auf mich und lächelte.

Ich wollte ihm schon sein unangebrachtes Lächeln vorhalten, als der Mann mit dem Schnurrbart, der früher den Apfel teilte, das Federmesser auf die Bank legte und mir zurief:

"Hören Sie doch auf, mit den Leuten zu sprechen, es sind Irre!"

Da erst wurde mir die Erkenntnis! Es waren Irrsinnige, und der mit der Dienstkappe war ihr Wärter. Auch der langhaarige war ein Narr. Und auch der Armlose. Er steckte einfach in der Zwangsjacke und hatte die Arme auf dem Rücken gedreht. Es war auf den ersten Blick in der Dunkelheit nicht zu erkennen, dass er Arme hatte. Mit einem Wort, es fuhren Geisteskranke mit ihrem Wärter in eine Irrenanstalt.

Ich blickte auf sie mit seelischer Unruhe und dachte, sie könnten mich noch erwürgen, der Teufel soll sie holen! Und würden den Mord nicht zu verantworten haben, sobald sie unzurechnungsfähig sind.

Während ich das dachte, streckte ein Irrer, ein kräftiger Mann, seinen Arm zum Federmesser hin, und schon hatte er es in der Hand.

Das war für mich ein Stich ins Herz. Ich sprang auf ihn zu und ergriff seine Hand mit dem Messer. Aber der Mann wehrte sich aus seinen starken Kräften, und mit Erfolg. Und obendrein kam ihm der Wärter zu Hilfe.

"Was ringen Sie mit dem Mann?" schrie er. "Schämen Sie sich! Es ist sein Messer! Ich habe es von ihm ausgeborgt, um den Apfel zu zerteilen."

Und der Mann, den ich überfallen hatte, jammerte:

"Ich überlasse mein Messer, und bekomme dafür Schläge! Schöner Dank!"

Der Wärter sagte:

"Der ist kein Irrer. Diese drei sind meine Anstaltsinsassen. Aber der ist ein Reisender wie Sie."

Ich sagte zum Manne:

"In dem Falle bitte ich um Verzeihung. Ich dachte, sie wären auch verrückt"

Er erwiderte:

"Sie dachten!... Truthähne und Narren denken... Sie haben sich auf mich gestürzt wie ein Besessener."

Um dem unliebsamen Wortwechsel ein Ende zu machen, hielt ich mich an den Schaffner, der gerade vorbeikam. Ich fragte ihn streng, wieso er es dulde, dass Irren mit gesunden Menschen zusammen reisen?

Der Schaffner erwiderte gereizt:

"Wo soll ich sie denn hintun? Im Hundekäfig ist auch kein Platz frei. Sie brauchen nicht gleich beleidigt zu sein!"

Ich war eigentlich gar nicht beleidigt. Ich hatte bloss Angst bekommen. Es war natürlich ein Blödsinn von mir, mit unbekanntem Menschen ein Gespräch anzufangen. Ich sass nun still und freute mich, dass auch die Irren still und ruhig sass. Aber der kräftige Mann mit dem Messer verfolgte mich mit seinen Blicken ohne Unterlass, nahm schliesslich seinen Koffer aus dem Netz und ging in ein anderes Abteil. - Er hatte augenscheinlich von mir nichts Gutes erwartet.

Aus dem Russischen von B. Halperin.

## Ankunft in New-York.

Aus dem Tagebuch eines jungen Arbeiters.

SPD. Ich bin über den Ozean gefahren, bin tagelang seekrank gewesen, und plötzlich liegt vor mir das "Land der Freiheit". Ich habe natürlich vorher ein bisschen Englisch gelernt; nun brenne ich darauf, den Leuten zu zeigen, was ich schon alles gelernt habe.

Da ist eine Dame, die an einer deutschen Mädchen-Mittelschule Unterricht gegeben hat. Sie ist mit Leib und Seele Lehrerin und ihr gegenüber wird jeder zum Schüler. Sie fragt mich, "weisst Du auch wer Amerika entdeckt hat?" Ich weiss es natürlich, es fällt mir nur vor Aufregung nicht gleich ein. Sie nimmt mich bei der Hand und zerrt mich in den Damensalon. Draussen braust der Trübel des New Yorker Hafens, und ich muss meine geschichtlichen Kenntnisse von ihr prüfen lassen. Ich bin ganz verwirrt, und sie ist entsetzt: "Du weisst ja garnichts, aber auch garnichts!" Ich bin wahrhaftig schrecklich dumm. Meine Augen hängen an einem der runden Guckfensterchen des Damensalons, an dem das Panorama der Wolkenkratzerstadt vorüberzieht. Die Lehrerin erzählt die Geschichte von George Washington und dem Kirschbaum. Ich möchte hinaus. Ich kann nicht mehr still sitzen. Aber der mustergültige deutsche Schulbube steckt mir in den Knochen. Es hätte nicht viel gefehlt und ich hätte die Hände gefaltet. "Also, wann hat General Grant gelebt?" fragt die Lehrerin. Sie spricht mit kreischender Stimme und macht böse Augen. Da rutschte ich plötzlich vom Stuhl herunter und sause an ihr vorbei zur Tür hinaus - -.

Der Fluss wimmelt vor Jollen, Schleppern und Booten. Es heult und peift, Wir fahren langsam an einem Denkmal vorbei, das im Wasser steht; und der Amerikaner, der sich über mein Englisch immer totlachen wollte, steht nicht weit von mir und sagt lachend zu seiner Frau: "Das wären wir wieder, die alte Dame drüben hat sich inzwischen auch nicht verändert". Es war die Statue der Freiheit.

Ein Steward in einer weissen Jacke packt mich am Kragen, dass ich zusammen schrecke und schimpft auf mich los. "Wo steckst du denn? Vorwärts! Der Arzt will dich sehen." Der Arzt ist ein amerikanischer Offizier, der mir in die Augen guckt und dem ich die Zunge rausstrecken muss. Aber ich bin gesund und kann wieder gehen.

Alles macht sich zur Landung fertig. Die Lehrerin schleppt Hutkartons und Schachteln aus ihrer Kabine, sie ist ganz rot im Gesicht und so aufgeregt, dass sie mich garnicht beachtet. Dann liegen wir plötzlich fest, und die Landungsbrücke wird herabgelassen. Die Lehrerin verabschiedet sich von einem jungen Schiffsoffizier und schenkt ihm einen Band lyrischer Gedichte.

Ich darf das Schiff nicht verlassen, muss zurückbleiben und komme nach Ellis-Insel in die Einwanderungshallen. Fast alle Bekannten von der Ueberfahrt sind verschwunden. Ich bin ziemlich aufgeregt, die Leute um mich herum spreche alle verschiedene Sprachen, ich verstehe kein Wort, es ist alles furchtbar fremd. Kleine Kinder brüllen, Frauen jammern, die amerikanischen Beamten fluchen. Ich werde in einem Saal untergebracht, in den das Licht durch vergitterte Fenster fällt. Es ist halbdunkel darin und die Luft ist entsetzlich. Es stinkt nach Schweiss, schmutziger Wäsche und Knoblauch. Die Frauen kommen in einen anderen Saal, der gleich an den unsrigen grenzt. Ich mache die Bekanntschaft eines jüdischen Jungen in meinem Alter, der auch allein hier ist. Er beginnt Geschichten zu erzählen, bei denen ich rot werde, aber sie gefallen mir ganz vortrefflich. Wir teilen uns eine Zigarette und gehen auf die Toilette, um sie zu rauchen. Ein Wärter erwischt mich dabei und bietet mir Ohrfeigen an. Ich bin beschämt und gekränkt, und ein kleiner, schwindstüchtiger Mann, der etwas Englisch kann, gibt dem Wärter recht und erzählt im ganzen Saal, was für ein Lümme! ich sei. Dann marschieren wir gemeinsam in einen grossen Saal, wo wir Abendbrot kriegen. Ich bin hungrig und es schmeckt ausgezeichnet. Mir ge-

gegenüber sitzt ein junges Mädchen, die mir ab und zu einen Blick zuwirft. Ich bin ihr dankbar dafür. Ich bin müde und gehe bald zur Ruhe. Es wird lange nicht still. Es hustet und stöhnt und schimpft. Ich schlafe ein, träume schlecht und wache bald wieder auf, weil mir die Wanzen über den Körper laufen und mich beißen. Bald fühle ich, wie es überall anschwillt. Das Jucken ist kaum zu ertragen. Ich stehe auf und verbringe die Nacht auf der Toilette.

Der zweite Tag wird zur Ewigkeit. Raus dürfen wir nicht. Das ist verboten und sie passen ziemlich scharf auf. Es sind Leute da, die schon monatelang hier eingesperrt sind. Die zweite Nacht verbringe ich auf der Erde. Mir graut vor dem verwanzten Bett. Ein junger Pole wird erwischt, als er zu den Frauen hinein schleichen will. Sein Mädchen ist dort drin, und es kommt beinahe zu einer Prügelei. Zum Glück merken die Wärter nichts davon, denn sonst hätte man ihn sicher gleich wieder deportiert. Am andern Morgen ist mir mächtig übel und der Kopf tut mir weh. Mein Freund und ich beschliessen, auf den Hof hinunter zu gehen. Wir gelangen auch ins Freie. Drüben liegt New York und dazwischen der lebendige Hafen. Es ist ein sonniger Morgen und die frische Luft und der Wind tun uns gut. Dann bemerkt uns ein Wächter und wir werden abgeführt. Es gibt ein langes Verhör, wir verstehen kein Wort und uns ist ein bisschen bange vor den Folgen. Bis dann jemand auf Deutsch zu uns sagt, "also ausreissen wolltet ihr! Benegels!" Die haben wirklich gedacht, wir wollten nach New York rüber schwimmen, und jetzt müssen wir doch lachen.

Am Nachmittag des dritten Tages ruft ein Beamter laut meinen Namen. Ich kriege einen Schreck. Die Furcht, als hätte ich etwas verbochen, steckt mir in den Gliedern. Denn hier ist ja alles verboten. "Nimm deine Sachen mit, du wirst abgeholt". Ich packe schnell zusammen und sage Aufwiedersehn. Man beneidet mich, dass ich gehen kann. Mir ist, als käme ich aus dem Zuchthause, als wären es Jahre her, seit man mich hier eingesperrt hat. Und durch das Fenster sehe ich wieder die Statue der Freiheit, rot von der Nachmittagssonne.

-----  
Im "Hotel zur ganzen Welt."X

-----  
Ein Interview läuft von allein

SPD. Der Portier des ersten europäischen Flughafenhotels auf dem Berliner Zentralflughafen Tempelhof gibt hier seine Meinung kund:

"Bin so frei, danke schön - ja, nach dem Essen immer eine... Also wie gesagt, ich sage zu ihm: mit den Enten dürfen Sie hier nicht ins Zimmer, alles was recht ist, und Dienst am Kunden, natürlich, so weit wie möglich, aber das geht denn doch nicht, und die Enten bleiben hier unten. Sagt er zu mir! er wär doch Okito, der grosse Zauberkünstler, und er trete ab morgen im Wintergarten auf, und die Enten wäre seine Zauberenten, die dürfe er nicht aus den Händen geben, das wären doch die, die er abends immer aus'm Aermel rausholt, und ob ich vielleicht glaube, dass er sich Enten in'n Aermel steckt, die nicht stübenrein sind. Na schliesslich haben wir uns dann geeinigt, und ich hab die Enten sozusagen unter meine ganz besonderen Fittiche genommen - mein Gott, man wird hier sowieso schon so'n halber Tierwärter. Neulich erst hat ein Löwe bei uns gewohnt, Scherz beisseite, der hat 'ne Darmfistel gehabt oder sowas, und da ham sie ihn extra aus Kassel rübergeschickt, damit er hier operiert wird - ich sage Ihnen, das war die höchste Eisenbahn, der Junge hat schon ausgesehn wie 'ne Leiche auf Urlaub... Ja sehn Sie, für solche Fälle ist eben das Flugzeug die einzige Möglichkeit - wir haben da jetzt etwas ganz ähnliches gehabt, aber mit ein Menschen - ich sage bloss: mir sitzt der Schreck noch heute in allen Gliedern! War da so ein Tiertransport unterwegs von einer Jagdexpedition aus Süd-

Amerika, alles solche Schlangen, solche grossen Biester, für ein Terrarium in Brüssel, Na, der Dampfer liegt auch schon in Antwerpen und wird gelöscht, und wahrscheinlich war gerade kein richtiger Fachmann dabei oder sowas, jedenfalls wird plötzlich einer gebissen, ein Arbeiter - ich sage Ihnen: so breit und so gross, ein richtiger Hüne. Weiss der Kuckuck, was da los war, ein Arzt war gleich zur Stelle und tut, was er kann, und bindet ab und untersucht und da kommt doch heraus: das ist so eine Sache, die kommt vielleicht alle zehn Jahre einmal vor, und da hilft überhaupt bloss ein einziges Mittel, so ein Impfstoff, und den gibt's nur in Berlin im Robert-Koch-Institut. Na - die Aufregung! Da ham'se nun hin- und hertelegraphiert und telephonierte und gemacht und getan, und schliesslich sind sie drüben losgesaust mit dem Mann und 150 Kilometer=Stunde auf Tod und Leben, - aber vier Stunden später warn sie hier - ich seh noch, wie sie ihn rauftragen, so was von Fieber hat ich mein Lebtag nicht erlebt. Ein paar Aerzte hier vom Institut warn auch schon oben, mit der Impfe und wegen des Falls überhaupt, da lern' sie nu natürlich wieder dran - na, zwei Stunden später wär der Mann hinübergewesen. Ich habe ja ein Trinkgeld bekommen wie noch nie - aber da sehn Sie mal, was so alles für Verantwortung auf meinen Schultern lastet, das könn' Sie ruhig mit reinsetzen, wenn Sie darüber schreiben!

"Ueberhaupt bei unserm Publikum! Sehn Sie mal, das ist doch so: Von hier bis in die Stadt ist immerhin eine halbe Stunde mit dem Auto mindestens - und die Leute, die nu alles mit'm Flugzeug machen und immer hopp hopp eilig haben, die bleiben natürlich hier draussen - hauptsächlich die von den grossen transkontinentalen Strecken, die nachts ankommen aus Finnland, Schweden oder Russland und morgens früh weiterfahren nach Südeuropa oder England: so die ganz grossen Generaldirektoren, und wenn mal irgendwo Revolution ist: die Journalisten und Bildreporter, und vor allen Dingen die diplomatischen Kuriere, die Leute kenn' ich auf du und du, die sind zu mir gewissermassen wie zu so'm alten Kollegen - grosszügig, aber leutselig. Und die Flieger, so die ganz berühmten mein' ich, Sie solln mal sehen, wie die mich immer auf die Schultern kloppen. - Der Carberry zum Beispiel, der Kanadier, der beim ersten Europaflug so einen von den ersten Preisen bekommen hat, da weiss ich schon immer ganz genau, wenn der einen grossen Flug vorhat, da muss ich ihn immer persönlich wecken und mit Kreide drei Kreuze an seine Tür machen - das ist sein Aberglaube Na, und der London=Kapstadt=Flieger, der Mr. Butler, der hat mir sogar was in mein Autogramm=Buch geschrieben. Augenblick mal, wo hab ichs denn - hier: "Dem Torwächter zu unserm gemeinsamen Vaterland, dem Reich zwischen Himmel und Erde. Butler", - tja, ich weiss eben mein Publikum zu behandeln. - -

"Und dann wissen Sie: damals bei dem ersten Europaflug war doch die Lady Bailly bei: aber die hat Nerven, die Frau! Ich seh sie noch am Abend vorher ganz ruhig im "restaurant sitzen und Zeitung lesen, als ob gar nichts wär' - sagen Sie mal, sagt sie auf einmal zu mir, sagen Sie mir doch mal ein paar bekannte italienische Flughäfen. Na, ich schüttle ihr so aus dem Aermel: Portorose, Capodichino, Centocelle, Ostia - "Richtung", sagt sie, "Ostia, da stimmt mein Kreuzworträtsel"! - und dabei hat die Frau schon drei erwachsene Töchter!

Besuch? Besuch haben wir auch oft. Da ham wir doch erst gestern die vierzehn spanischen Journalisten hier gehabt; die sind nu hier rumgeführt worden und ham gefrühstückt und gestaunt und überall angetippt mit de Finger und alles befühlt und befummelt, und schliesslich hat einer eine Rede gehalten, auf spanisch natürlich, und da ham sie mächtig Beifall geklatscht. Na, ich kann ja spanisch, mir kann ja niemand was vormachen - wissen Sie, was er gesagt hat? Sowas hätten sie überhaupt noch nicht gesehn, hat er gesagt, und sowas sollten sie mal bei sich zu Hause auch machen! Ja, lieber Herr, da fühlt unsreiner auch sein Herz in der Westentasche bubbern!

"Na und sehn Sie: das ist nun gerade das Interessanteste von meinem ganzen Beruf! Jeden Morgen, wenn ich so hinter meinem Schalter sitze, und die Gäste

schwärmen so ran und alle wollen was wissen und fragen dies und das -dann sag ich mir immer: Junge, sag ich zu mir, du bist doch hier der Portier zur ganzen Luft! In den Köppen von diesen Menschen sind lauter Pläne drin von Abenteuern und Geschäften und Liebe und weiss ich was, - wer verhilft ihn nu zu dem allen? Ich! Bei mir müssen sie alle vorbei - und ich gebe ihnen die Schlüssel und sage ihnen Bescheid: Und ich streichle so über mein Schaltertisch und frage: "Ueber den Globus, Madame? Jawoll, aber nur via mich!"

-a-

---

### Schöpferische Demokratie.

---

SPD. In einem Briefe an die Gräfin Hatzfeld äussert sich Lassalle einmal ganz beglückt darüber, dass er den Versuch gewagt habe, seinen Vorsitz im örtlichen Arbeiterverein einem Arbeiter zu übertragen. Er hoffe, dass der Mann seiner Aufgabe gewachsen sein werde. Der Arbeiter von heute wird, wenn ihm diese Briefstelle zu Gesicht kommt und er dabei der organisatorischen Leistungen gedenkt, die heute von Arbeitern bewältigt werden, sich eines Lächelns nicht erwehren können. Aber dieser Vergleich verdient mehr als ein Lächeln. Er ist dazu angetan eine Vorstellung von dem Durchbruch und Triumph der Kräfte zu vermitteln, der sich zwischen der Zeit und dem Wirken Lassalle's und unserer Zeit vollzogen hat. Vollziehen konnte unter der Voraussetzung des Vorhandenseins einer demokratischen Basis.

Nun erscheint es heute zwar nicht sehr zeitgemäss, die Demokratie zu loben. Selbst unter ihren Verteidigern gibt es gegenwärtig viele, die sich ihr mehr notgedrungen als aus innerer Sympathie zur Seite stellen. Es hat keinen Zweck dies zu leugnen. Denn es ist verständlich angesichts dessen, dass es gerade ihre erbittertsten Gegner sind, die heute die Vorteile der Demokratie zu deren eigenen Schaden zu nützen versuchen. Das alles sollte aber trotzdem nicht davon abhalten, den Wert der Demokratie immer wieder zu betonen und ihnen jenen augenscheinlich zu machen, die einfach, weil sie sie bereits besitzen, sich ihrer Vorteile nicht bewusst sind und sie selbst verächtlich machen. Je mehr aber das Bewusstsein dessen was uns Demokratie ist, was sie uns schon war, allgemein ist, desto entschlossener lässt sich für ihre Verteidigung eintreten.

Um festzustellen, was uns die Demokratie schon war, heisst es sich erst einmal darüber klar zu sein, dass es Jahrzehnte lang, ja im Grunde bis 1918 für die Arbeiterschaft Demokratie im öffentlichen Leben, im Staate, nur in ganz beschränktem Masse gab. Wenn trotzdem das Proletariat 1918 fähig war, das Staatsregime zu übernehmen, dann dank der Demokratie, die sie sich in der eigenen Bewegung geschaffen hatte.

Von der Mitwirkung im öffentlichen Leben nahezu ausgeschlossen, doch auch in der Wirtschaft durch tausend Schranken in der freien Entwicklung seines Könnens gehemmt, bot der demokratische Boden der verschiedenen Arbeiterorganisationen dem Arbeiter tatsächlich die einzige Möglichkeit zur Entfaltung seiner Kräfte. So geringschätzig man heute nicht nur im rechtsgerichteten Bürgertum, sondern auch im traditionslosen Linksradikalismus vom sozialistischen Funktionär als vom Bonzen zu sprechen pflegt, so wenig lässt sich hinwegleugnen, dass ungezählte Männer und Frauen heute auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens tätig sind, denen nicht der Staat, nicht die staatliche Schule die Voraussetzungen zu ihrer Amtsführung und Berufsausübung gab, sondern die das, was sie sind und können, allein der demokratisch gestalteten Arbeiterbewegung verdanken. Eine Hochschule für Politik - das war die Arbeiterbewegung lange bevor es ein Institut dieses Namens gab. Es mag vieles unzulänglich gewesen sein, in dieser Hochschule für Politik. Unvermeidliche Mängel wurden

ausgeglichen durch das demokratische Prinzip in der Arbeiterbewegung. Wer da war, konnte wirken und im Wirken seine Kräfte wecken, messen, fördern und zur immer neuen Verwertung führen. Das Feld war weit und der Aufgaben waren ungezählte. Die grossen Organisationen der Arbeiterschaft waren Republiken, in denen kein Berechtigungsschein galt, sondern nur die Leistung selbst. Blicken wir doch um uns. Ehemalige Arbeiter schaffen heute so selbstverständlich neben hochschulgebildeten Funktionären der bürgerlichen Gesellschaft in allen Zweigen und Sparten des öffentlichen Lebens, (von den schöpferischen Leistungen gar nicht zu sprechen, die der Arbeiter in Partei, Gewerkschaft, Genossenschafts- und Bildungsbewegung, sowie in den Sport-, Wohlfahrts- und Jugendorganisationen vollbringt) wie man es nach der Jahrzehnte langen Verdrängung und Ausschaltung nie für möglich gehalten hätte. Dass es auch Versager gibt, was vermag das zu beweisen? Von der Unfähigkeit des bürgerlichen Beamten erfährt man ja leider immer erst, wenn diese Leute gestorben sind. Würde sich die gegnerische Presse dazu bereit finden, in gleicher Masse das Verdienst anzuerkennen wie sie gelegentliche Unfähigkeit an ehemaligen Arbeitern brandmarkt, der Eindruck von der Eignung des gelästerten "Parteibuchbeamten" wäre ein wesentlich anderer. Die Zahl derer ist jedenfalls nicht zu fassen, die in Wirtschaft, Handel und Gewerbe trotz bester Leistungen hätten am Fleck rosten müssen, einfach weil sie nicht das hoch zu bezahlende Eintrittsbillet zur Beteiligung am bürgerlichen Kräftewettstreit besaßen, und die dann innerhalb der Arbeiterbewegung aus Kontorangestellten, Fabrikarbeitern, Handwerkern zu tüchtigen Organistoren, Finanztechnikern, zu Rednern, Volksbildnern, Wissenschaftlern wurden. Wie sehr der Sattler Fritz Ebert manchem überlegen war, der unter anderen Voraussetzungen an ähnlicher Stelle gestanden hat, wird erst einmal die Geschichte ganz beweisen. Doch es war nicht so sehr Wissen, sondern Können, das ihn befähigte, geweckt, erprobt und immer neu bereichert auf dem demokratischen Boden der Arbeiterbewegung.

Dass die Demokratie und auch die Demokratie in der Arbeiterbewegung Nachteile hat, warum das bestreiten? Es gibt eben keine politische Methode die vollkommen ist. Die sichtbaren Werke der Arbeiterbewegung sind aber zu sprechender Ausdruck des regen Schöpfergeistes der Arbeiterschaft, als dass man Zweifel hegen könnte über Wert und Nutzen des demokratischen Systems für die Arbeiterschaft und für den Staat.

Karl Ullrich.

---

SPD. "Ein steiniger Weg". Im Verlag I.H.W. Dietz erschien eine Neuaufgabe der unter dem Titel "Ein steiniger Weg" zusammengefassten Lebenserinnerungen Otilie Baaders. In schlichter Sprache wird in diesem Buch viel kluge Beobachtung und Erfahrung dem Leser übermittelt. Der kämpferische Lebensweg Otilie Baaders, die u.a. die Bismarck=Ära der Arbeiterschaft und die Sturmzeit des Sozialisten=Gesetzes miterlebte, ist ein anschaulicher Beweis dafür, wie eine einfache, kluge und ernste Arbeiterin zwangsläufig das Schicksal ihrer Geschlechtsgenossinnen und schliesslich der ganzen Arbeiterklasse weiterschauend umfassen kann. Das mit einem Bildnis der verstorbenen Führerin geschmückte und mit einem Vorwort von Marie Juchacz versehene Buch kostet 1,50 Mark und ist durch die Parteibuchhandlungen zu beziehen.

---